

Bewohner_innen der Region Konzepte der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts zugänglich gemacht, die einerseits neue Interpretationen und Lesarten der Gewalt erlaubten und andererseits neue Handlungsmöglichkeiten für die Bewohner_innen eröffneten: Aus den Verfolgten von politischer Gewalt wurden Zivilpersonen in einem internen bewaffneten Konflikt. In einem Aushandlungsprozess zwischen diesen Organisationen und den Bewohner_innen, der getragen war von dem Wunsch der Kleinbäuer_innen, die Zone nicht verlassen zu müssen, wurde das Konzept der Friedensgemeinde entwickelt. Das Konzept ist ein kollektives Produkt der an der Aushandlung beteiligten Akteure und der in jene eingegangenen Ideen. Durch die Unterstützung einzelner Personen wie durch Eduar Lanchero sowie durch einen konsequenten Bildungsprozess ihrer angehenden Mitglieder haben die Bewohner_innen San José de Apartadós dieses Konzept in organisatorische Strukturen und Funktionen überführt, die ich im folgenden Abschnitt vorstellen werde.

3.2. Interne Organisation: ‚Es geht nur zusammen‘

Das Militär, also sie selbst sagen, dass sie hier sind, um der Zivilbevölkerung Sicherheit zu geben. Die Guerilla hat merkwürdige Gründe. Sie sagen, sie seien Bauern und das sei hier von ihnen und von allen Bauern. Das würden sie nicht aufgeben. Und die Paramilitärs verteidigen die Interessen..., man weiß nicht mal so genau von wem, von großen, multinationalen Unternehmen? Ja, der Konflikt verroht immer mehr und das führt dazu, dass die Bauernschaft sich noch besser organisieren muss. Ja, wenn es mehr Gefechte und so gibt, dann müssen die Bauern zusammenrücken, um dem entgegentreten und sich den Angriffen widersetzen zu können. Denn wenn sie dich orientierungslos antreffen, töten sie dich aus irgendeinem Grund. Die Guerilla bringt dich um mit dem Argument, du seist Informant der Paramilitärs gewesen, oder die Paramilitärs bringen dich um und sagen, du warst Guerillero. Und so löschen sie noch die ganze Bevölkerung aus.

(R.A., 14.09.2013, San José de Apartadó – La Unión)

In diesem Unterkapitel möchte ich einige Aspekte der formalen Organisation und Funktion der Friedensgemeinde vorstellen, wobei ich insbesondere auf ihre politischen Gremien, ihre ökonomische Organisation und ihre internen Regeln eingehen werde. Wie bei allen Organisationen existieren auch in der Friedensgemeinde normative Vorstellungen davon, wie diese funktionieren sollte. Diese Vorstellungen sind in diversen Declaraciones, Statuten und Regelwerken festgehalten. Davon abgesehen gibt es eine Praxis, in der diese Normen durchaus abweichend und kreativ ausgelegt werden. Charakteristisch für die Organisation der Friedensgemeinde ist ihre Flexibilität, die es ihren Mitgliedern erlaubt, Strukturen, Funktionen und Praktiken an sich verändernde aktuelle Situationen in der Region sowie an die Kapazitäten, Schwerpunkte und Herausforderungen der Gemeindemitglieder anzupassen. Ich werde im Folgenden die Normen vorstellen und von diesen abweichende Praktiken bei Aspekten einfließen lassen, die mir bekannt sind.

Laut Gründungsurkunde und Statut ist die Friedensgemeinde formal als gemeinnütziger Verein⁹ in der Handelskammer des Urabá registriert (Vgl. CdP San José 1997d; 1997b) und konstituiert so eine juristische Person, was es ihren Mitgliedern erlaubt, nicht nur als Einzelpersonen zu agieren, sondern als eine Organisation, was bspw. die gemeinschaftliche Verwaltung von Finanzen, den Erwerb von Eigentum auf den Namen der Gemeinde oder den Abschluss von Kooperations- bzw. Handelsverträgen einschließt. Um als Organisation agieren und funktionieren zu können, nimmt sie eine legale Rechtsform an, die vom staatlichen Rechtssystem Kolumbiens ermöglicht und verwaltet wird. Allein deshalb existiert die Gemeinde schon formal nicht ohne oder außerhalb oder entgegen des kolumbianischen ‚Staates‘. Sie bildet keinen ‚Staat im Staate‘, keine ‚unabhängige Republik‘ oder eine ‚staatliche Enklave‘, wie ihr immer wieder von konservativen Politiker_innen und insbesondere dem Militär vorgeworfen worden ist (Vgl. Burneyat 2018, 113–15). Formal ist sie Teil der staatlichen, kolumbianischen Verwaltungsordnung; ohne den kolumbianischen ‚Staat‘, könnte sie nicht auf ihre Weise existieren und agieren.

Über die circa 650 Gründungsmitglieder hinaus können alle natürlichen Personen, die in der Zone von San José de Apartadó wohnen und über 12 Jahre alt sind, Mitglied der Friedensgemeinde werden. Für Bewohner_innen unter 12 Jahren entscheiden ihre Eltern. Der Eintritt geschieht freiwillig. Genauso kann jedes Mitglied zu jedem Zeitpunkt wieder freiwillig austreten (Vgl. CdP San José 1997c Art. 1 u. 2). Die Modalitäten des Ein- und Austrittes erklärte mir die Bäuerin M.B. folgendermaßen:

Also gut, die Person, die herkommen möchte, um hier zu leben, die trifft sich zunächst mal mit dem Internen Rat und dort analysieren sie, ob die Person hier leben kann und was ihre Geschichte ist. Denn es kann auch sein, dass ein bewaffneter Akteur die Gemeinde infiltrieren möchte. Also schaut man sich an, wer die Person ist, was sie bisher so gemacht hat und wie ihr Verhalten so war. Wenn sie sich bisher gut benommen hat, wird sie überall einen guten Ruf haben. Aber, wenn sie keinen guten Ruf hat, muss man fragen, warum. Wenn sie keinen guten Ruf hat, weil sie vorher mit bewaffneten Gruppen zusammengearbeitet hat, dann sagen wir ihr einfach, dass es nicht geht. Wir werden ihr das auch nicht vorwerfen. Wir respektieren das, denn jeder muss seine Optionen wählen. Und auch, zum Beispiel, wenn eine Person die Gemeinde verlassen möchte, hier ist jeder frei. Zum Beispiel, wenn ich müde werde und nicht mehr in der Gemeinde weitermachen möchte, dann kann ich gehen. Na gut, vielleicht werden sie mich fragen, warum, und mir sagen, ich war doch schon so lange dabei oder solche Sachen, aber am Ende nehme ich einfach die Möglichkeit wahr zu gehen. Selbst wenn ich dann die Intention habe wieder zur Gemeinde zurück zu kommen, könnte ich das sagen. Klar, wenn ich wiederkommen wollte, dann würden sie auf dieselbe Weise schauen, was ich gemacht habe oder was ich gerade mache. Aber wenn ich wiederkommen möchte und mich gut benommen habe, kann ich hier wieder eintreten, wenn nicht, kann ich eben nicht wiederkommen. (M.B., 26.03.2008, San José de Apartadó)

Neben dem von M.B. geschilderten grundsätzlichen Einverständnis zwischen der Friedensgemeinde und der Person, die gerne in sie eintreten möchte, existieren formale

9 Im originalen Wortlaut: ‚Entidad jurídica sin ánimo de lucro‘ (Siehe CdP San José 1997b Cap. II).

Voraussetzungen für ihren Eintritt: So muss das zukünftige Mitglied für einen Monat vier Schulungen besuchen, die durch die Gemeinde organisiert werden, sie muss sich dazu verpflichten die Regeln des Internen Regelwerkes einzuhalten und die Deklaration unterschreiben. Weder muss man für eine Mitgliedschaft aus der Region kommen noch einen bäuerlichen Hintergrund haben, was die Offenheit der Gemeinde zeigt und es auch Außenstehenden, wie in der Vergangenheit bspw. Eduar Lanchero, erlaubt, Gemeindemitglied zu werden. Diese Offenheit ist einer der Gründe für die Mitgliederfluktuation der Gemeinde. So kommt es bspw. – a.G. der verbreiteten patrilokalen Residenzgewohnheit – häufig vor, dass Frauen, die Partnerschaften außerhalb der Gemeinde eingehen, an die Wohnorte der Männer ziehen. Einige von ihnen kommen aber wieder zurück, manche mit ihren Familien, manche allein, weil der Mann getötet oder die Beziehung beendet wurde. Auf Grund derselben Gewohnheit werden aber auch Frauen aus anderen Orten, die Partnerschaften mit Männern in der Gemeinde eingehen, als Mitglieder aufgenommen.

Der *formale Status* der Friedensgemeinde ist der einer zivilgesellschaftlichen Organisation also recht ähnlich. Ihre interne Organisation unterscheidet sich allerdings stark von ‚typischen‘ zivilgesellschaftlichen Organisationen, weshalb ich die Friedensgemeinde von diesen, wie bspw. Nicht-Regierungsorganisationen, Gewerkschaften, Berufsvereinigungen oder, im Kontext von bewaffneten Konflikten häufig anzutreffenden, humanitären Organisationen, Opfervereinigungen oder Kollektiven von Menschenrechtsanwälten abgrenzen würde. ‚Typischen‘ zivilgesellschaftlichen Organisationen ist gemein, dass sich in ihnen Menschen zu einem bestimmten Zweck in einer Organisationsstruktur zusammenschließen, die über eine bestimmte Dauer, z.B. bis zur Erfüllung ihrer Ziele, Bestand hat (Siehe bspw. Carothers und Barndt 1999; Kern 2008). Die Bewohner_innen von San José de Apartadó re-organisierten ihr Zusammenleben im Angesicht der eskalierenden Gewalt mit dem Ziel, in der Region weiterhin leben zu können, um deren territoriale Kontrolle verschiedene bewaffnete Gruppen kämpften. Sie schlossen sich allerdings nicht erst zu diesem Zweck zusammen, sondern ihre interne Struktur basiert auf der bereits zuvor existierenden Form ihrer sozialen Organisation – nämlich der eines ländlichen Dorfes, in das ihre Bewohner_innen hineingeboren und in dem sie sozialisiert wurden. Diese dörfliche Struktur stellt den Lebensraum der Bewohner_innen dar, in dem sie sich nicht nur im Zuge des Engagements für ein gemeinsames Ziel begegnen, sondern viele weitere Beziehungen des gemeinschaftlichen Zusammenlebens miteinander teilen, wie bspw. verwandtschaftliche, freundschaftliche, ökonomische, religiöse u.v.m.. Diese unterschiedlichen Beziehungsebenen lassen sich nicht voneinander isolieren. Sie formen die soziale Struktur, die bereits vor der Escalation des Gewaltkonfliktes existierte und aller Voraussicht nach auch über ihn hinaus bestehen bleiben wird, selbst wenn die Friedensgemeinde ihre Ziele irgendwann erreicht haben sollte.

Trotzdem verfolgten die Bewohner_innen San José de Apartadós mit der Gründung der Friedensgemeinde am 23. März 1997 natürlich konkrete Zwecke und Ziele, die der Bauer J.E. folgendermaßen umriss:

Wir unterschrieben die Deklaration in der Hoffnung, dass sie uns respektieren würden und dass wir unser Land behalten können. Denn unser Kampf geht darum, wie wir uns

als Bauern hier halten können, ohne vertrieben zu werden. (J.E., 20.03.2008, San José de Apartadó)

Die Ziele der Friedensgemeinde lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: 1. Die Gemeinde fordert alle (il-)legalen bewaffneten Akteure dazu auf, den Status ihrer Bewohner_innen als Mitglieder der Zivilbevölkerung zu respektieren und nicht gegen verfassungsmäßig garantierte Bürger_innenrechte, Menschenrechte und das Humanitäre Völkerrecht zu verstößen. 2. Die Gemeinde fordert von den bewaffneten Akteuren und den staatlichen Institutionen, ihre Bewohner_innen nicht der Gefahr einer potenziellen oder einer tatsächlichen Vertreibung auszusetzen, sondern sie aktiv davor zu schützen. 3. Die Gemeinde fordert Gerechtigkeit für die Straftaten, die gegen ihre Bewohner_innen von Seiten der Guerilla, der paramilitärischen Gruppen und der öffentlichen Streitkräfte des kolumbianischen ‚Staates‘ begangen wurden (Vgl. CdP San José 1997a). Um diese Ziele zu realisieren, wurde in den sechs Monaten vor ihrer offiziellen Gründung eine organisatorische Struktur mit verschiedenen Gremien ausgearbeitet, die auch nach ihrer Gründung weiterentwickelt wurde und die ich im Folgenden vorstellen werde.

Gremien

Die Organisationsstruktur der Friedensgemeinde beinhaltet verschiedene Elemente, von denen einige interessanterweise, wie bereits im Kapitel 2.3 erwähnt, auch Teil der Organisationsstruktur der Kooperative *Balsamar* waren.¹⁰ An diesen lässt sich die historische Kontinuität kleinbäuerlicher Organisationsformen in der Serranía de Abibe ablesen. Auch wenn die Workshops der Nicht-Regierungsorganisationen und die Ideen des Humanitären Völkerrechts zentral für die Entwicklung des Konzeptes der Friedensgemeinde waren, – es hätte nicht umgesetzt werden können, wenn nicht eine solide Basis von organisatorischen Erfahrungen unter den Bewohner_innen der Zone existiert hätte. Zu dieser Organisationsstruktur der Friedensgemeinde zählt ein *Interner Rat*, der aus acht Mitgliedern besteht, die laut dem Statut mindestens alle zwei Jahre gewählt werden (Vgl. CdP San José 1997b Cap. VI). Aktives Wahlrecht hat dabei jede Person über 12 Jahre, passives Wahlrecht jede volljährige Person. Gewählt wird zu einer zeitlich günstig liegenden Vollversammlung. In den zwei Wochen vor dieser wirft jedes Gemeindemitglied einen Zettel in eine der ‚Wahlurnen‘, auf dem es die Namen der acht Personen geschrieben hat, die es gerne in den Rat wählen möchte. Es wird keine Form von Wahlkampf betrieben. Am Tag der Vollversammlung öffnet eine von der Versammlung dazu bestimmte Wahlleitung die Urnen und zählt vor allen Anwesenden die Stimmen aus. Die acht Personen, die am meisten Stimmen erhalten haben, sind, insofern sie ihre Wahl annehmen, die Mitglieder des neuen Internen Rates. Zum Zwecke der Kontinuität müssen immer zwei Mitglieder des alten Internen Rates im neuen verbleiben. In der Praxis sieht es eher so aus, dass nur zwei bis drei Personen

¹⁰ Zur Erinnerung: Die Kooperative verfügte über einen administrativen Rat von 10 Mitgliedern, der für ihre Verwaltung und Repräsentanz verantwortlich war, über einer Vollversammlung der Mitglieder, die als höchste Entscheidungsinstanz galt, und über sogenannte Arbeitskomitees, die mit der Schulung der Mitglieder, der Organisation der Kakao-Kommerzialisierung sowie der Vergabe von Krediten und Samen beauftragt waren.

aus dem Rat ausscheiden, während fünf bis sechs wiedergewählt werden. Zu den Aufgaben des Internen Rates gehört einerseits die Repräsentation der Friedensgemeinde ‚nach außen‘, also die Kommunikation mit staatlichen Institutionen, (inter-)nationalen Nicht-Regierungsorganisationen und der Öffentlichkeit im Allgemeinen, andererseits die Administration innerhalb der Gemeinde, also die Koordination interner Projekte, die Organisation von Besuchen, die Verwaltung der Ressourcen, die Sanktionierung von Regelverstößen oder auch die Vermittlung in Konflikten. Zu diesen Zwecken wurden verschiedene Funktionen festgelegt, die von den Mitgliedern des Rates entsprechend der Anzahl ihrer erhaltenen Wähler_innenstimmen übernommen werden. Zu den Funktionen zählen bspw. die Koordination (gesetzliche Repräsentanz), die stellvertretende Koordination, das Sekretariat oder die Wirtschaftskoordination. Der Interne Rat ist in einem ständigen Austausch über aktuelle Themen, die die Interessen der Friedensgemeinde betreffen, und tritt dazu in der Regel jeden Samstag zusammen, allerdings nur wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend sein können.

Mitglied des Internen Rates zu sein, geht mit weitreichenden Verpflichtungen und persönlichen Einschnitten einher. Auch wenn diese Posten die Gemeinde vertikal strukturieren und interne Machtasymmetrien schaffen, werden sie nicht so sehr mit Macht oder Prestige assoziiert, sondern mit Arbeit, Verantwortung und persönlichem Risiko. Auch sind nicht alle Funktionen des Internen Rates gleichermaßen beliebt. Eine besonders ambivalente Position, sowohl für die Person, die sie innehat, als auch für alle Gemeindemitglieder, ist bspw. die der Wirtschaftskoordination, vor der sich die gewählten Mitglieder des Internen Rates scheinbar häufig zu drücken versuchen. Warum das so ist, wird anhand des Interviewauszuges mit dem Bauern J.G. deutlich, der im Jahr 2013 gerade diesen Posten bekleidete:

Weil ich der Verantwortliche für die Wirtschaft bin, kommen ständig die Leute zu mir. Wie in diesen Tagen, als jemand kam und sagte: ‚Hör mal J., kannst du mir den Gefallen tun und mir 500.000 Pesos leihen?‘ Also sag ich: ‚Ist gut‘ und leihe sie ihm. Dann kommt jemand anderes: ‚Hey, tust du mir den Gefallen und leihst mir 100.000?‘ Na gut, und so geht das Geld dahin in Darlehen. Schau, ich kann dir sagen, im Moment belaufen sich die Darlehen, also den Leuten Gefallen zu tun, auf 14 Millionen Pesos.¹¹

P.N.: Schau an! Allein in diesem Jahr?

Klar, seitdem das Jahr begann. Wir haben uns hingesetzt und das analysiert. Ich kann so nicht weitermachen. Wenn irgendjemand nicht bezahlt, trage ich die Verantwortung. Wir haben dazu außerdem nicht genügend Ressourcen. Den Mitgliedern der Gemeinde gibt man manchmal eine Frist, bis zur Ernte des Kakaos zum Beispiel. Ach, das ist kompliziert.

P.N.: Kompliziert, warum?

Ja kompliziert, weil die Leute glauben, dass ich ein Geizhals bin, ein Knauser. Ich habe darüber nachgedacht, aber wir leben ja nicht von Darlehen. Also, wir sind ja keine Kreditbank, wir nehmen keine Zinsen. Was manchmal passiert ist, dass ich heute etwas verleihe, dann fragt mich in sieben Tagen dieselbe Person nochmal, und obwohl ich dann schon zweimal was verliehen habe, fragt mich die Person nach einem Monat

¹¹ Zum Zeitpunkt des Interviews entsprachen 14 Millionen kolumbianische Pesos etwa 5.500 Euro.

wieder. Ich habe hier Leute mit vier Darlehen. Wie kann ich Sachen aufs Spiel setzen, die nicht meine eigenen sind, sondern von der Gemeinde? Das kann ich nicht. (J.G., 07.09.2013, San José de Apartadó)

Der Bauer J.G. saß unentwegt seinen Kopf schüttelnd in einem winzigen dunklen Büro, das sich hinter dem Lagerraum für Kakao befand und eigentlich nur aus einem kleinen Schreibtisch bestand, auf dem ein großes, aufgeschlagenes und mit handschriftlichen Eintragungen gefülltes Buch lag. Er kam aus dem Weiler Resbalosa, war zu diesem Zeitpunkt Mitte 30 Jahre alt und der Friedensgemeinde erst im Jahr 2009 beigetreten. Er schaute mit scheuen Augen aus einem ernsten, jungenhaften Gesicht, in das sich die Sorgen sowohl um die Gemeindefinanzen als auch um seinen guten Ruf eingeschrieben zu haben schienen. Bis das hier zitierte Interview in den letzten Tagen meines Forschungsaufenthaltes 2013 zu Stande kam, bin ich J.G. drei Monate lang hinterhergelaufen. Während des Interviews wurde mir klar, dass seine versierte Geschicklichkeit, mich immer wieder zu vertrösten und mein Interviewanliegen auf die lange Bank zu schieben, aus seinen umfangreichen alltäglichen Erfahrungen resultieren musste, den Darlehenswünschen seiner Mitbewohner_innen auszuweichen. Interessanterweise verweist der Interviewauszug auf einen Kontext gemeindeinterner Spannungen: Der Posten der Wirtschaftskoordination ist für die Gemeindemitglieder sowohl ein Objekt der Begierde als auch eine Quelle der Frustration, was J.G. sehr deutlich zu spüren bekam. Die Person, die diesen Posten bekleidet, wird aber nicht nur mit internen Herausforderungen konfrontiert, sie ist auch externen Bedrohungen ausgesetzt, die im Verlauf des Interviews noch zur Sprache kamen:

P.N.: Gibt es denn noch weitere Probleme?

Na ja, wenn man dafür nicht ausgebildet ist, hat man es schwer. Wenn ich ehrlich sein soll, war der erste Monat sehr schwer für mich. Du gehst durch die Straße, und wirst um einen Gefallen gebeten: „Kannst du mir den Gefallen tun und mir 20.000 Pesos leihen?“ Wenn du sie in der Hosentasche hast, gibst du sie sofort. Einen Moment später ist da jemand anderes: „Kannst du mir 100.000 Pesos leihen? Mein Kind ist krank und ich muss mit ihm ins Krankenhaus.“ Also nehme ich das Geld und gebe es. Und dann komme ich hier im Büro an, Leute kommen und ich kaufe ihnen ihre Produkte ab, Kakao und Mais. Da hab ich schon vergessen, dass ich auf der Straße gerade 20.000 und 100.000 verliehen habe. Das kostet mich manchmal ganz schön, das alles im Kopf zu behalten. Wenn ich nicht aufpasste, denke ich nicht dran, und dann ist das Unterschlagung. Und dann ist da natürlich noch die Unsicherheit, zumindest mit Blick auf die Banken. J.E. wurde als Repräsentant zweimal ausgeraubt. Ja, bei den Banken sind die Diebe, da muss man sehr umsichtig und vorsichtig sein. Da trage ich die Verantwortung, aber nicht für mich, sondern für die Gemeinde. Oder als G.G. der Verantwortliche für die Wirtschaft war, riefen ihn immer die Paramilitärs an. Hier im Urabá kennt man die Friedensgemeinde und sie haben herausgefunden, wer der Verantwortliche für die Wirtschaft ist. Das ist ja auch nicht geheim. Also riefen ihn die Paramilitärs ein paar Mal an: „Wir wollen, dass du uns mit einer Summe Geld kollaborierst. Wenn nicht, werden wir dich töten. Kollaborierst du nicht mit uns, entführen wir dich, oder wir werden deine Mutter umbringen oder deinen Vater.“ Gut, sein Vater ist schon tot, aber das ist die Strategie, die sie nutzen. Zu mir haben sie mal gesagt: „Wir wissen, wo deine Fa-

milie wohnt und wir werden dir weh tun, wo es dir am meisten schmerzt. Kollaboriere mit uns.' Das ist kompliziert.

P.N.: Aber was macht ihr dann, wie reagiert ihr darauf?

Was wir machen, wir machen das öffentlich, zeigen das öffentlich an, informieren die Regierung und den Staat. Aber die Angriffe kommen ja auch von den öffentlichen Streitkräften. Zumindest bei der Bank, da ist überall Polizei. Wenn man das analysiert, scheint es, als würden sie mit den Dieben gemeinsame Sache machen. Also du machst eine Erledigung bei der Bank, da ist die Polizei, du siehst niemanden außer sie. Aber wenn du eine hohe Summe Geld abhebst, stehen die Diebe vor dir. Es scheint, als teilen sie die Information und haben ein Auge auf einen. Und dann: ‚Komm her mein Junge‘, halten sie dir ein Messer oder eine Pistole vor, ‚gib uns, was du hast.‘ So ging es J.E. und das ist, wovor ich Angst habe. (J.G., 07.09.2013, San José de Apartadó)

Der Bauer J.G. stellt in diesem Auszug exemplarisch die Gefahren und persönlichen Risiken heraus, die in einer Konfliktregion wie dem Urabá mit der Übernahme von Führungspositionen in einer Organisation wie der Friedensgemeinde einhergehen. Nach diesen Schilderungen erscheint es mehr als nachvollziehbar, dass der Posten der Wirtschaftskoordination, gerade wenn die von ihr verwalteten Ressourcen solch unterschiedlichen internen und externen Aneignungsversuchen ausgesetzt sind, ein gewisses Unbehagen bei denen auslöst, die sie besetzen sollen.

Nicht nur wegen solcher Herausforderungen erhalten die Mitglieder des Internen Rates für die Zeit, in der sie in diesem aktiv sind, eine *Aufwandsentschädigung*, sondern auch, weil sie währenddessen nicht im selben Maße anderen subsistenzwirtschaftlichen Tätigkeiten nachgehen können. Die Höhe der Aufwandsentschädigung für die Mitglieder des Internen Rates unterscheidet sich abhängig von der von ihnen übernommenen Verantwortung, was bei den restlichen Gemeindemitglieder durchaus für Gesprächsstoff und -bedarf sorgt, ohne dass die Entschädigung generell in Frage stehen würde, wie mir die Bäuerin M.B. erklärte:

Sie bekommen ja kein Gehalt an sich, sondern eine Art Vergütung. Das war mal eine Entscheidung einer Vollversammlung, einer der ersten Vollversammlungen, die gemacht wurde. Denn ein Mitglied des Internen Rates muss sich dem, man kann sagen, voll und ganz widmen. Zum Beispiel der gesetzliche Repräsentant, der Koordinator der Wirtschaft oder der Bildung, das sind Personen, die das voll und ganz machen. Die können gar nicht nebenbei arbeiten, die können überhaupt nichts anderes machen als das.

P.N.: Und verursacht das nicht Neid oder Ungleichheiten in der Gemeinde?

Nein, denn wir sind uns bewusst, dass wir Mitglieder der Gemeinde ohne den Internen Rat nichts wären und die Mitglieder des Internen Rates ohne die Gemeinde auch nichts. Klar wissen wir, dass man auf den Feldern arbeiten muss, um überleben zu können, aber wir wissen auch, dass die des Internen Rates das nicht können, weil sie voll und ganz in dem Rat sind. Das ist der organisatorische Teil, die Arbeit des Internen Rates ist eine echt harte Arbeit. Aber damit werden sie nicht reich. (M.B., 03.09.2013, San José de Apartadó)

Neben dem Internen Rat gibt es übrigens weitere Posten innerhalb der Friedensgemeinde, deren Übernahme ebenfalls mit einer Aufwandsentschädigung anerkannt wird. Dazu gehören neben den Verantwortlichen für das Gemeinderestaurant, in dem die Schulkinder und Senioren ihr Mittagessen erhalten, und den Verantwortlichen der gemeindeeigenen Rinderherde, auch die Lehrer_innen, die nicht nur einfach die Kinder unterrichten, sondern ständig ein Curriculum weiterentwickeln, welches versucht, dem konfliktiven und bäuerlichen Kontext angepasstes Wissen zu vermitteln. Auch die Kakao-Inspekteur_innen, die dafür Sorge tragen, dass der in der Friedensgemeinde angebaute Kakao den Kriterien des biologischen Anbaus und fairen Handels entspricht, erhalten eine Entschädigung. Bezahlt werden auch die Kindergärtner_innen der Gemeinde, allerdings mit der Besonderheit, dass ihre Aufwandsentschädigung vom staatlichen Familienwohlfahrtsamt (*Bienestar Familiar*) übernommen wird, was einmal mehr zeigt, dass auch auf dieser Ebene sehr wohl Beziehungen zwischen staatlichen Institutionen und der Gemeinde existieren.

Als ein weiteres Gremium der internen Organisation verfügt jeder Weiler über eine eigene *Koordination*, bestehend aus unterschiedlich vielen Personen, die einerseits Belange des entsprechenden Weilers intern regeln, anderseits diese aber auch gegenüber den anderen Gemeindestrukturen kommunizieren. In jedem Weiler treffen sich die Koordinator_innen einmal in der Woche mit dessen Bewohner_innen, um aktuelle Entwicklungen zu besprechen. Im Gegensatz zu den Versammlungen des Internen Rates können an diesen Versammlungen der Weiler auch externe Besucher_innen teilnehmen, was ich mehrere Male tat und von denen ich im Folgenden einen kleinen Eindruck von einer Versammlung in der ‚Holandita‘ aus dem Jahr 2013 geben möchte:

Die wöchentliche Versammlung fand nach dem Einbruch der Dunkelheit statt, wenn alle Bäuer_innen von ihren Arbeiten auf den Feldern zurückgekehrt waren. Der Beginn war auf 19 Uhr festgesetzt, dauern sollte die Versammlung zwei bis drei Stunden. Als ich pünktlich am Versammlungsort ankam, waren dort mit dem gesetzlichen Repräsentanten G.G., dem Wirtschaftskoordinator J.G. und dem Bauern A.T. lediglich drei Vertreter des Internen Rates anwesend, wobei A.T., quasi in Personalunion, auch Koordinator der ‚Holandita‘ war. Sie hatten drei der von der Sonne ausgebliebenen, bunten Plastikstühle zusammengezogen und waren – sich ihre Oberkörper und Köpfe einander zuwendend – in eine Diskussion vertieft. Dass sie als Einzige pünktlich waren, schien sie weder zu überraschen noch zu stören. Im Laufe der folgenden halben Stunde und, wie sich aus den Gesprächssetzen der Eintreffenden ableiten ließ, nach dem Ende der aktuellen ‚telenovela‘, trudelten etwa 50 Personen ein, die sich, einer Familienaufstellung nicht unähnlich, in unterschiedlicher Nähe bzw. Distanz zu den Verantwortlichen setzten. Die Versammlung fand in einem sogenannten Kiosk statt, über den verschiedene Weiler verfügen. Dabei handelt es sich um einen offenen Rundbau ohne Wände, aber mit einem Palmenblätterdach, der tagsüber angenehm kühl und abends hell ist. Angeblich haben Kankuamo-Indigene der Sierra Nevada de Santa Marta, mit denen es seit dem Jahr 2004 regelmäßige Treffen gibt, zu dieser Bauweise von Versammlungsorten angeregt. Einige der Eintrudelnden setzten sich nun aber gar nicht in diesen Kiosk, sondern lieber außerhalb. Dort waren sie zwar kaum zu sehen, zumindest solange die Displays ihrer Handys nicht ihre Gesichter beleuchteten, offensichtlich konnten sie sich aber dort ungestörter dem einen oder anderen Plausch widmen bzw. sich unbemerkt der einkehrenden Müdigkeit hingeben.

Als A.T. aus irgendeinem für mich unerkennbaren Grund der Meinung war, dass genug Personen anwesend waren, eröffnete er die Versammlung. Inhaltlich ging es sofort zur Sache: Der erste

Punkt der Tagesordnung betraf Gerüchte um den Zusammenhalt des Internen Rates. Anscheinend erzählte man sich, dass dieser gespalten sei, wobei insbesondere J.G. und A.T. immer wieder aneinandergeraten würden. Mit großem Nachdruck mühten sich nun G.G., J.G. und A.T. ab, diese Gerüchte auszuräumen: Sie gaben Meinungsverschiedenheiten zu, erklärten diese zur Normalität, zitierten historische Führungspersönlichkeiten der Gemeinde, die diese Pluralität der Meinungen in der Friedensgemeinde als ihre Stärke deklarierten, und versuchten so die Anwesenden vom Gegenteil der Gerüchte zu überzeugen. Diese ließen die Überzeugungsversuche mit unbeteiligten Gesichtsausdrücken über sich ergehen. Geradeso, als ob er den Zusammenhalt insbesondere zwischen sich und J.G. unterstreichen wollte, thematisierte A.T. als nächstes die „üble Nachrede“, laut der J.G. als Koordinator der Wirtschaft ein Geizhals sei. A.T. verteidigte vehement die Politik J.G.s, keine weiteren Darlehen zu geben, solange bereits gegebene nicht zurückgezahlt würden, legte die Finanzsituation offen und appellierte an die Vernunft der Anwesenden. Diese zeigten wieder keine Reaktion. Das sollte sich erst mit dem nächsten Tagesordnungspunkt ändern, der Evaluation aktueller Entwicklungen. Zunächst berichtete G.G., dass die kolumbianische Regierung einen Bericht an den Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshof geschickt habe, welcher der kolumbianischen Regierung zuvor angeordnet hatte, einstweilige und sofortige Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung in San José de Apartadó zu ergreifen. In dem Bericht listete die kolumbianische Regierung die Aktivitäten auf, die die 17. Brigade des Militärs mit den Bewohner_innen von San José de Apartadó durchgeführt haben soll. Hier wurden die Anwesenden hellhörig. So soll die 17. Brigade, laut dem Bericht, Wasseranschlüsse verlegt haben und in speziellen Workshops für Kinder und Alte die zivil-militärische Integration und Vertrauensbildung gefördert haben. Erheitertes Gelächter machte sich in der Versammlung breit. Offensichtlich amüsiert, erkundigten sich alle bei ihren jeweiligen Sitznachbar_innen über die neuen Wasseranschlüsse, bevor man gemeinsam zu dem Schluss kam, dass die Friedensgemeinde in dem Bericht nicht gemeint sein könne. Nachdem sich die Stimmung wieder beruhigt hatte, begannen plötzlich ältere Anwesende, unter ihnen bspw. die Bäuerin M.B., an ähnliche Erfahrungen aus der Vergangenheit zu erinnern. Ausgehend von diesen Wortmeldungen und ohne von den Mitgliedern des Internen Rates dazu aufgefordert worden zu sein, berieten die Anwesenden von sich aus, wie man am besten auf diesen Bericht reagieren sollte. Die weitere Evaluation aktueller Entwicklungen hatte dann aber vor allen Dingen die angespannte Situation in der Serranía de Abibe zum Gegenstand. In den Wochen zuvor war es zu intensiven Gefechten zwischen der FARC und dem Militär gekommen. Die FARC brachte vor einem Monat außerdem zwei mutmaßliche zivile Spitzel der Paramilitärs im Weiler La Hoz um, woraufhin die Paramilitärs in der vergangenen Woche begonnen hatten, die Bewohner_innen dieses Weilers zu vertreiben. Die Situation war den Gemeindemitgliedern im Prinzip bekannt, worum es in der Diskussion während der Versammlung ging, war zu evaluieren, was die Friedensgemeinde angesichts dieser Entwicklungen tun konnte. Hier forderte insbesondere G.G. als gesetzlicher Repräsentant der Gemeinde alle Anwesenden auf, Vorschläge und Ideen zu formulieren. Dabei wurde zunächst die Möglichkeit diskutiert, die Vertriebenen eine Zeitlang in der „Holandita“ aufzunehmen, wobei verschiedene Wortmeldungen immer wieder sowohl die moralische Pflicht zur Hilfe von Vertriebenen als auch die Ungewissheit, wen man sich damit ins „Haus“ holen würde, thematisierten. Am Ende traf man den Entschluss eine sogenannte „humanitäre Kommission“ zu organisieren. Man wollte eine Gruppe von Gemeindemitgliedern zusammenstellen und die Peace Brigades International bitten, mit dieser Gruppe gemeinsam in den Weiler La Hoz zu gehen, um aus erster Hand zu erfahren, was dort gerade geschehe. Die „humanitäre Kommission“ wurde für die darauffolgende Woche anvisiert und alle Anwesenden wurden eingeladen, sich an ihr zu beteiligen. Beeindruckend

war die rege Beteiligung aller Anwesenden bei den Diskussionen während dieses Tagesordnungspunktes, die in einem starken Kontrast zu dem vorherigen stand.

Als letztes wurden organisatorische Fragen geklärt. Einige Anwesende wollten bspw. demnächst Reis, andere Bohnen säen, und erkundigten sich, ob es noch weitere Interessenten gäbe, die sich daran beteiligen wollten. Dann wurde die Gemeinschaftsarbeit der Woche koordiniert und festgelegt, wer welche Wege ausbessern, wer neue Zäune für das gemeindeeigene Vieh ziehen und wer den gemeindeeigenen Kakao ernten sollte. Abschließend wurde jemand gesucht, der den Bau eines Mehrzwecksportplatzes aus Beton in der ‚Holandita‘ koordinieren sollte. Interessanterweise gab es gerade eine Spende, womit die Materialien für den Bau eines solchen Platzes finanziert wurden, woraufhin der Interne Rat beschlossen hatte, den Jugendlichen, die in letzter Zeit wiederholt das Alkoholverbot missachtet und sich betrunken hatten, den Bau dieses Platzes als Sanktion aufzuerlegen. Damit bestand die Sanktion für die Jugendlichen in einer Arbeit, die nicht nur der Gemeinde, sondern in erster Linie ihnen selbst zugutekommen sollte, da aller Voraussicht nach sie diejenigen waren, die diesen Sportplatz am stärksten nutzen würden. Nur leider fand sich niemand, der die Jugendlichen anleiten und die Arbeit koordinieren wollte. Betretenes Schweigen stellte sich unter den Anwesenden ein, alle schauten konzentriert auf den Boden oder in die Dunkelheit der Nacht. Der Bauer E.U., der über die meiste Erfahrung als Maurer und Schreiner verfügte, war in weiser Voraussicht gar nicht erst zu der Versammlung gekommen. Das half ihm allerdings auch nicht. Ohne seine Anwesenheit und nach einer kurzen Weile des allgemeinen Schweigens, fand der Vorschlag, der Interne Rat solle doch mal bei E.U. anfragen, widerspruchlose Zustimmung. Damit war die Versammlung beendet und alle, die nicht sofort zur nächsten ‚telenovela‘ oder einem bereits verabredeten Dominospiel eilten, gingen langsam und miteinander plaudernd, lachend oder weiter diskutierend auseinander.

Diese wöchentlichen Versammlungen in der Friedensgemeinde, in denen sich die Koordination der Weiler mit den Bewohner_innen der Weiler treffen, erscheinen mir deshalb erwähnens- und beschreibenswert, weil sie gleichzeitig die Gewöhnlichkeit und Besonderheit ihrer Organisation zeigen. Die Mitglieder kommen aus mehr oder weniger wichtigen Gründen zu spät oder gar nicht, sie lassen sich nur widerwillig von den Verantwortlichen darüber belehren, dass ihre Eindrücke und Wahrnehmungen nicht stimmten, sie meiden es, ungewollte Verantwortlichkeiten oder Aufgaben zu übernehmen. Gleichzeitig werden dort die für die Friedensgemeinde charakteristischen Praktiken der Solidarität kultiviert, wenn bspw. eine ‚humanitäre Kommission‘ organisiert, der Anbau von Pflanzen in Arbeitsgruppen und die Gemeinschaftsarbeit koordiniert sowie die Umsetzung restaurativer Sanktionsmaßnahmen für Regelbrüche geplant wird – Praktiken, die ich in diesem und im folgenden Kapitel noch intensiver ausführen werde. Neben der organisatorischen Funktion dieser Versammlungen, haben sie natürlich soziale Wirkungen und Konsequenzen sowohl für die Anwesenden als auch die Abwesenden. Die Versammlung bietet einen Raum der Begegnung, in dem die Bewohner_innen sich nicht nur über organisatorische Fragen und Probleme austauschen, sondern auch über private und persönliche. Die Konstellation der Personen in diesem Raum, ihre Nähe und Distanz zueinander, spiegelt die aktuellen Beziehungen zwischen den Bewohner_innen wieder. In diesen Begegnungen werden die Spannungen und Widersprüche innerhalb der Friedensgemeinde sichtbar und gleichzeitig verhandelt. Und selbst die Abwesenden sind durch ihre Abwesenheit präsent, da diese sehr wohl registriert, thematisiert, problematisiert oder mit Sorge gesehen wird. Diese Versammlungen haben,

ob intendiert oder nicht, eine integrative Funktion, die neben vielen anderen Gremien und Praktiken den Zusammenhalt der jeweiligen Weiler, aber auch der Friedensgemeinde im Allgemeinen, stärkt.

Neben dem bereits erwähnten Komitee für Bildung gibt es weitere *Komitees* u.a. für Gesundheit, Arbeit, Sport, Kultur und Frauen, in denen sich alle Bewohner_innen engagieren können und sollen. Sie gelten als Anlaufstelle für konkrete Probleme oder Verbesserungsvorschläge, organisieren generelle Abläufe (wie z.B. Bildungsworkshops und Schulunterricht), Veranstaltungen (z.B. Sport und Kultur) oder die Verbreitung von Informationen (z.B. Gesundheit und Arbeit). Da die Arbeit der Komitees von den Bewohner_innen lebt, die sich in ihnen engagieren, sind nicht alle Komitees durchgehend in demselben Maße aktiv. Manche Komitees sind im Laufe der Jahre geradezu ‚eingeschlafen‘, andere wurden nach einer Zeit wiederbelebt. Es gab auch Bestrebungen neue Komitees zu gründen, bspw. eines für Kommunikation, um Video- und Audiotechniken zu lernen oder eines für Tischlerei, die aber scheinbar nicht lange Bestand hatten.

Ein Komitee, das seit der Gründung der Gemeinde besteht und auf dessen Funktionieren sehr viel Wert gelegt wird, ist das zuvor erwähnte Komitee für Bildung. Bildung sowohl für die Erwachsenen als auch insbesondere für die Kinder ist ein zentraler Aspekt der internen Organisation der Gemeinde und hat einen großen Anteil an ihrer Persistenz über die Zeit. Ebenfalls mit externer Expertise hat die Gemeinde ein, oben bereits angesprochenes, alternatives Bildungsprogramm entwickelt, dessen Ideal der Bauer A.T., ein jüngerer Bruder des Bauern G.T. und einer der Koordinatoren für Bildung zum Zeitpunkt des Interviews im Jahr 2008, wie folgt erklärte:

Das zentrale Ziel des Bildungsprogramms der Gemeinde ist natürlich, den Prozess der Gemeinde mit einer Arbeit zu unterstützen, die die Solidarität und die Gemeinde in den Mittelpunkt stellt. Die Tatsache, dass Kinder ohne Ideale und Werte aufwachsen, hat zur Folge, dass sie hier leichter manipulierbar sind. Jede bewaffnete Gruppe könnte sie leicht beeinflussen: ‚Schau, komm arbeite mit uns. Wir bieten dir Geld.‘ Das versuchen wir zu verhindern. Dabei verankern wir die Bildung stark in der Praxis. Wir versuchen nicht zu viel Lehrbücher zu benutzen, damit die Schüler sich nicht nur darauf konzentrieren und darin sehen, was sie lernen sollen. Wir müssen nicht unbedingt den ganzen Tag in der Klasse sitzen, um lernen zu können. Draußen gibt es viele natürliche Ressourcen, um etwas zu lernen. In Mathematik kann man auch die Blätter der Bäume oder die Blumen zählen, man kann die Buchstaben auch aus Erde formen und ihnen so gleichzeitig unsere Wertschätzung für unser Umfeld beibringen. Wenn wir dieses Gefühl für den Ort verlieren, verlieren wir Widerstandskraft. Wir könnten leichter gezwungen werden, woanders hinzugehen, vertrieben zu werden, in eine Stadt oder zu einem anderen Ort, den wir nicht kennen, wo wir nicht mit dieser schönen Umwelt leben können, die wir aus dieser Region kennen. Ausgehend vom Lesen lernen und die Buchstaben lernen, lehren wir das Zugehörigkeitsgefühl, das wir für dieses Land haben. So unterscheidet sich die Methodik vom offiziellen System relativ stark. Wir wollen auf eine symbolische, aber realistische Weise arbeiten. Zum Beispiel in Mathematik, was ist eine Hand plus eine Hand? Es sind vereinte Hände, oder? Das ist nur ein kleines Beispiel dafür, dass uns Mathematik mehr beibringen kann als Rechnen lernen. Dieselbe Mathematik kann uns zeigen, was wir in der Praxis machen: Das einer mit

dem anderen nicht mehr zwei einzelne sind, sondern dass zwei eine Verbindung, eine Beziehung, ja eine Gemeinde sein können. Oder Sozialunterricht. Wir schauen uns den Bereich des Sozialen nicht auf die Weise an, dass die Kinder die Entdeckung Amerikas, dann die Schlacht von Boyacá und dann die Unabhängigkeit lernen. Wir schauen uns lieber die Entdeckungen an, die die Friedensgemeinde in dieser Zone gemacht hat, wie sie hier arbeitet, die politische und solidarische Arbeit, was es die Gemeinde gekostet hat, die Leute, die ihr Leben aufs Spiel gesetzt oder sogar gegeben haben, um einen Samen des Friedens zu pflanzen oder weiter nach einem alternativen Raum zu suchen. Die Gemeinde ist ein Raum, der etwas Frieden in mitten des Krieges sucht. Davon ausgehend kann man das Soziale prima bearbeiten. Nicht so sehr, was vor Tausenden von Jahren passiert ist, sondern unsere Realität, die wir heute leben, das Unmittelbare, damit wir unsere Geschichte kennen, die Geschichte der Leute dieser Zone. Und davon ausgehend können wir in die Welt da draußen expandieren. Oder Naturkunde, anstatt irgendwelche Tabellen zu erklären, gehen wir lieber raus auf das Land, säen ein paar Pflanzen und schauen uns an, wie sie wachsen und sich verändern und wie sich die Natur verändert. Die Idee ist, ausgehend vom Unmittelbaren zu lernen. Für uns ist die Schule auch kein Gefängnis, in dem die Schüler die ganze Zeit stillsitzen müssen und der Lehrer, der einzige ist, der etwas weiß. Wir sind nicht das letzte Wort und sie sind keine leeren Gläser, die man mit unserem Wissen füllen muss. Sie haben auch Wissen und Erfahrungen und die müssen sie entwickeln. Wir versuchen sie eher zu begleiten, damit sie ihre eigenen Fähigkeiten entwickeln. (A.T., 29.03.2008, San José de Apartadó)

Laut des Interviewauszugs beinhaltet das alternative Bildungsprogramm der Gemeinde eine ganze Reihe von interessanten Aspekten, wie Praxisrelevanz, Lokalperspektive, Gegenwartsbezug, für die mir hier der Raum fehlt, sie auszuführen, die aber auf eine wichtige Frage verweisen: Was sollte eine adäquate Bildung für Kinder von Kleinbäuer_innen in einer Konfliktregion Kolumbiens beinhalten? Die Friedensgemeinde hat eine eigene Antwort auf die Frage gefunden und füllt ihr Bildungsprogramm mit eigenen Inhalten. Natürlich beschreibt A.T. hier die ideale Vorstellung dieser alternativen Bildung, wobei die Praxis von vielen alltäglichen Problemen und Herausforderungen geprägt ist. So nehmen häufig die Lehrer_innen der Gemeinde, gerade weil sie zusätzliche Ausbildungen bekommen haben, andere Posten innerhalb der Gemeinde an, wie bspw. A.T. selbst, der zwischen meinen Forschungsaufenthalten 2008 und 2013 in den Internen Rat gewählt wurde und so keine Zeit mehr hatte, als Lehrer zu arbeiten. Es kommt vor, dass der Schulbesuch der Kinder unterbrochen wird, weil deren Eltern zu einem Weiler ziehen, wo die Gemeinde keine Schule hat, oder deren Eltern ganz aus der Region wegziehen. Andere Probleme betreffen fehlende Materialien, fehlende Zeit oder Umstände, die direkt mit dem Gewaltkonflikt einhergehen, wie bspw. die Besetzung von Schulen durch bewaffnete Gruppen oder Gefechte in der Zone. Und obwohl sich die Bewohner_innen der Friedensgemeinde dieser Diskrepanz zwischen dem angestrebten Ideal und der Praxis bewusst sind, halten sie an ihrer Vorstellung von einer alternativen Bildung für ihre Kinder fest.

Obwohl der Interne Rat die Leitungsfunktionen in der Friedensgemeinde innehat und die verschiedenen Komitees konkrete Aspekte des Zusammenlebens koordinieren,

ist ihr wichtigstes Gremium und ihre höchste Autorität jedoch die *Vollversammlung*, an der alle Gemeindemitglieder teilnehmen können und sollen. Ihren Sinn und Zweck erklärte mir der Bauer J.E. folgendermaßen:

Die Vollversammlung versucht die Leute, die Teil der Gemeinde sind, zusammen zu bringen und ein paar Probleme zu diskutieren. Die Idee ist, dass hier die Mehrheit ihre Meinung sagt und ein paar Sachen geklärt werden. Na ja, zumindest gibt es den Raum, in dem sich alle äußern können. Wir [der Interne Rat] machen dort auch Vorschläge, die wir für notwendig erachten, und häufig müssen wir dann ein paar Sachen ändern. Die Leute schlagen etwas anderes vor, na und da sind wir flexibel, denn es geht nicht darum Sachen aufzuzwingen, sondern mit den Leuten zu einer Übereinstimmung zu kommen. Manchmal macht uns ein Weiler einen Vorschlag, und dann diskutieren wir den dort. In der Vollversammlung müssen wir analysieren und debattieren. Deshalb sollten möglichst immer die Mehrheit der Leute und die verschiedenen Weiler anwesend sein. Manchmal ist das schwierig, auf Grund von Regen oder anliegenden Arbeiten. Manchmal können einige nicht, also sagen sie, wir nominieren zwei Delegierte, die gehen. Na gut, wenn sie das gemeinsam beschließen ist das in Ordnung, dann sind sie irgendwie autorisiert. Wenn das die Entscheidung des Weilers ist, dann respektieren wir das. Denn am Ende sollte jeder Weiler selbst wissen, was er für notwendig erachtet.

(J.E., 31.03.2008, San José de Apartadó)

Eine Vollversammlung wird in der Regel vom Internen Rat einberufen, kann aber auch von den Bewohner_innen selbst einberufen werden, sofern sich ein erheblicher Teil von ihnen dafür ausspricht. Sie sollte laut dem Statut alle zwei Monate stattfinden, was aber in der Praxis wesentlich flexibler gehandhabt wird, wie mir die Bäuerin M.B. erklärte:

Die Vollversammlung macht man..., das hängt auch von der Situation des Konfliktes ab. Zum Beispiel wenn die Situation sehr zugespitzt ist, kann es leicht sein, dass man alle zwei Wochen eine Vollversammlung macht. Nach dem Massaker vom 21. Februar 2005 fanden wir uns jede Woche in der Vollversammlung zusammen. Warum? Wir mussten schauen, wie es weitergeht. Also die Vollversammlungen hängen von der Situation ab.

(M.B., 26.03.2008, San José de Apartadó)

Die Vollversammlung findet mindestens einmal im Jahr statt, kann aber offensichtlich je nach aktueller Situation auch häufiger einberufen werden. Nur die Vollversammlung kann über Veränderungen an den Statuten, Deklarationen und Regelwerken entscheiden oder die Auflösung der Friedensgemeinde beschließen, wozu jeweils eine Zweidrittelmehrheit notwendig ist (Vgl. CdP San José 1997b Cap. V, Art. 21). Auch über den Ausschluss von Mitgliedern müssen alle Bewohner_innen in der Vollversammlung gemeinsam entscheiden. Laut J.E. läuft eine Vollversammlung in der Regel folgendermaßen ab:

Manchmal beginnen wir mit dem Hören oder Singen der Hymne oder wir sprechen ein Gebet, aber das hängt davon ab, wieviel Zeit wir haben. Wir können uns nicht hinsetzen und singen, wenn wir wissen, dass dann wichtige Sachen hinten runterfallen. Da sind wir nicht so strikt. Dann schauen wir uns ein wenig die internationale Politik an, aber nur sehr kurz, denn uns interessiert mehr, was hier passiert. Aber manchmal

nehmen wir etwas aus der internationalen Politik oder der Wirtschaft, nicht um das komplette Panorama zu zeigen, sondern um es herunterzuholen und es auf die Gemeinde zu fokussieren, also eine kurze Übersicht, um zu schauen, wie es uns betreffen könnte. Zum Beispiel das Thema ‚Plan Colombia‘, wie betrifft er uns? Nur kurz. Oder der Freihandelsvertrag, was bedeutet er für die Gemeinde, das Land, die Leute und insbesondere die Bauern? Danach müssen wir als Interter Rat ein paar Berichte geben: Was wir gemacht haben, über nationale Versammlungen, die wir hatten, oder über internationale Reisen, was wir für Projekte geplant haben, auch an den unterschiedlichen Orten der Gemeinde, damit die Vollversammlung zustimmen oder ablehnen kann, was sie für notwendig oder nicht notwendig hält. Wir als Rat machen eine Analyse und präsentieren sie der Versammlung und wenn wir etwas hinzufügen oder wegnehmen müssen, dann machen wir das. Denn am Ende ist die Vollversammlung die Autorität. Wir als Rat sind auf dem Laufenden über die ökonomischen, politischen und juristischen Entwicklungen. Das ist unser Part, und auf der Grundlage machen wir Vorschläge, denen die Vollversammlung zustimmen oder die sie ändern kann. Auf diese Weise kann die Mehrheit der Leute ihre Meinung sagen, zustimmen oder ablehnen.

(J.E., 31.03.2008, San José de Apartadó)

Offensichtlich verfolgt der Interne Rat einen sehr pragmatischen, partizipativen und lokal-perspektivischen Ansatz bei der formalen Gestaltung und der inhaltlichen bzw. thematischen Schwerpunktsetzung der Vollversammlung. Alle weitreichenden und strategischen Entscheidungen der Friedensgemeinde müssen hier von allen Bewohner_innen abgestimmt werden. Der Interne Rat muss hier Rechenschaftsberichte sowie einen Finanzbericht vorlegen und er wird hier, wie bereits erwähnt, (wieder-)gewählt. In der Vollversammlung werden, ähnlich der wöchentlichen Versammlungen in den Weilern, die Geschehnisse, Probleme und Herausforderungen der aktuellen Situation analysiert und deren Auswirkungen auf die Friedensgemeinde diskutiert. Jedes Mitglied hat das Recht, in dieser Versammlung seine Meinung zu äußern und alternative Vorschläge einzubringen.

Ein weiteres Element der internen Struktur, welches ich hier kurz erwähnen möchte und dessen Bedeutung im Verlauf der Arbeit noch intensiver thematisiert werden wird, sind die sogenannten *humanitären Zonen*, die von der Friedensgemeinde im Jahr 2005 eingerichtet wurden. Was es damit auf sich hat, erklärte mir der Bauer J.E.:

Die humanitären Zonen in den Weilern, die wir gegründet haben, sind Häuser, wo die Zivilbevölkerung während eines Gefechtes zusammenkommen kann und wo sie respektiert werden sollte. Wir haben den Eindruck, die bewaffneten Auseinandersetzungen in diesem Land werden noch einige Jahre anhalten und in denen sollte die Bevölkerung geschützt werden. Deshalb haben wir die humanitären Zonen geschaffen und fordern, dass diese humanitären Zonen respektiert werden. (J.E., 20.08.2008, San José de Apartadó)

Diese ‚humanitären Zonen‘ wurden in Weilern eingerichtet, in denen die Friedensgemeinde keine größeren zusammenhängenden Ländereien besitzt, sondern einzelne ihrer Mitglieder verstreut leben. Bei diesen Zonen handelt es sich um Schulen, Gesundheitsposten oder vereinzelt um Wohnhäuser, in denen sich die zivilen Bewohner_innen

des Weilers, sowohl Mitglieder als auch Nicht-Mitglieder, in Momenten von Gefechten versammeln können. Diese ‚humanitären Zonen‘ sind ein anhaltender Streitpunkt zwischen der Friedensgemeinde und staatlichen Institutionen. Während die Friedensgemeinde auf die Notwendigkeit drängt, diese Zonen zu respektieren, weigert sich das kolumbianische Militär, aber auch die Guerilla und die Paramilitärs, diese Zonen anzuerkennen. Bemerkenswerterweise begründet jede der bewaffneten Gruppen ihre Nicht-Anerkennung dieser Zonen damit, dass sie nicht darauf vertrauen könnte, dass die gegnerische bewaffnete Gruppe, diese Zonen respektieren würde. Dass sich in diesen Zonen sowohl Mitglieder als auch Nicht-Mitglieder versammeln können, zeigt die Offenheit der Gemeinde und ihre solidarische Haltung gegenüber den in ihrer Nachbarschaft lebenden Nicht-Mitgliedern.

Diese Offenheit der Friedensgemeinde korrespondiert mit einem weiteren zentralen Aspekt ihrer Struktur und Funktion, und zwar mit den vielfältigen *Außenbeziehungen*, die die Gemeinde pflegt. Die bisher dargestellten Gremien sollen nicht den Eindruck erwecken, es handle sich bei der Friedengemeinde um eine Art abgeschlossene oder sogar autarke Gemeinschaft. Ihre im Kapitel 3.1 vorgestellte Entstehungsgeschichte hat ja bereits gezeigt, dass die Gemeinde in ganz unterschiedliche nationale und internationale Beziehungsgeflechte eingebunden ist, die sich bis in die Gegenwart weiterentwickelt haben. So ist die Friedensgemeinde Teil von nationalen Netzwerken aus verschiedenen lokalen Gemeinden, hat weltweit Partnerschaften mit unterschiedlichen Städten oder Kommunen abgeschlossen und zählt mit den *Peace Brigades International*, dem *Fellowship of Reconciliation* und den *Palomas der Gemeinschaft Papst Johannes XXIII* gleich auf die Präsenz von drei internationalen Organisationen, die sich auf die professionelle Begleitung von bedrohten Menschenrechtsaktivist_innen spezialisiert haben. Die internationalen Gemeindepersonalpartnerschaften sowie ihre Funktion und Wirkung, werde ich im Kapitel 4.2 ausführlich thematisieren. An dieser Stelle sei deshalb nur kurz eine Form der nationalen Vernetzung mit anderen lokalen Gemeinden erwähnt: Im Jahr 2003 war die Friedensgemeinde an einer Reihe von Treffen verschiedener kleinbäuerlicher, indigener und afrokolumbianischer Organisationen aus ganz unterschiedlichen Regionen des Landes¹² beteiligt, die sich kurzzeitig unter dem Namen *Red de Comunidades en Ruptura y Resistencia* zusammengefunden hatten. Das ursprüngliche Anliegen dieses Netzes, nämlich eine dauerhafte Koordinationsstelle für ein gemeinsames Vorgehen insbesondere gegenüber dem kolumbianischen Justizsystems zu bieten, konnte logistisch nicht umgesetzt werden, weshalb das Netzwerk als solches nicht mehr funktioniert (Vgl. Burnyeat 2018, 122). Aber aus diesen Treffen ging die Idee einer so genannten ‚Bauern-Universität‘ hervor, die tatsächlich realisiert wurde und bis in die Gegenwart funktioniert und die mir die Bäuerin M.B. folgendermaßen erklärte:

Die Idee der Bauern-Universität hatten wir mit anderen Gemeinden zusammen. Das ist wie ein Netzwerk, in dem wir uns treffen und über Dinge wie Bergbau, Nahrungsmittelproduktion, Gesundheitsversorgung, ökonomische und politische Aspekte der

¹² Zu diesen zählten neben der Friedensgemeinde u.a. der *Consejo Comunitario de La Nupa-Río Caupapí*, die *Asociación Campesina de Arauca*, die *Asociación Campesina de Cimitarra*, der *Consejo Comunitario del Río Naya*, die *Comunidades Indígenas U'wa* und die *Asociación Campesina Indígena del Norte de Cauca* (Vgl. Aparicio 2012, 270).

beteiligten Gemeinden sprechen. Ich glaube, es war sehr wichtig so viele unterschiedliche Gemeinden zusammen zu bekommen, auch wenn wir nicht immer alle dabei sind. Ich glaube, wir sind immer so fünf oder sechs Gemeinden, die sich treffen.

P.N.: Und wie funktioniert die Universität?

Naja, das ist keine Universität mit Hörsälen oder großen Tafeln oder Professoren, sondern eine Universität, in der alle Gemeinden ihre Erfahrungen teilen. Jede Gemeinde hat ihre Erfahrungen und ihr Wissen. Und dieses Wissen teilen sie mit uns, und wir teilen unser Wissen mit ihnen. Auf diese Weise haben wir viel gelernt, und viele Sachen ausprobiert, dank dieser Universität. Das war sehr wichtig für uns.

P.N.: Und wo trefft ihr euch?

Wir rotieren. Die Universität fand schon im Cauca, im Cimitarra, bei den Kankuamos in der Sierra, im Osten Antioquias und hier statt. Wir rotieren, um die Orte nicht nur in der Theorie kennenzulernen, sondern auch in der Praxis. (M.B., 03.09.2013, San José de Apartadó)

In der ‚Bauern-Universität‘ drückt sich eine Form nationaler Solidaritätsbeziehungen aus. Sie funktioniert wie eine Plattform, die horizontal ländliche, aber regional verschiedene Gemeinden einbindet, die sich über ihre Organisationen und Erfahrungen während unterschiedlicher Treffen austauschen, angefangen bei landwirtschaftlichen Praktiken, über Landtitulierungsstrategien und Menschenrechtsfragen, bis hin zu traditioneller Medizin oder Öffentlichkeitsarbeit (Vgl. Aparicio 2012, 270). Über diesen Austausch wird aber nicht nur Wissen geteilt, sondern es werden solidarische Beziehungen zwischen Gemeinden mit unterschiedlichen sozio-kulturellen Hintergründen konstruiert (Vgl. Courtheyn 2018c, 9), was in Anbetracht zunehmender Konflikte zwischen indigenen, afrokolumbianischen und kleinbäuerlichen Gemeinden in ländlichen Regionen Kolumbiens bemerkenswert ist.

Ökonomie

Die Friedensgemeinde und ihre Mitglieder leben von einer kleinbäuerlichen, landwirtschaftlichen Subsistenz- und Produktionsweise. Dabei sind die Arbeit in *Arbeitsgruppen* und die *Gemeinschaftsarbeit*, die in der Vignette über die Weilerversammlung bereits erwähnt wurde und zu der sich jedes Mitglied verpflichtet, der ökonomische Rückhalt der Gemeinde (Vgl. CdP San José o.D., 23–25). In der Wahrnehmung vieler Mitglieder sind diese sogar wichtiger für die Existenz der Friedensgemeinde in einer Konfliktregion als ihre deklarierte ‚Nicht-Kollaboration‘ mit den bewaffneten Akteuren. Darüber hinaus stellen sie eine bemerkenswerte sozio-kulturelle Anpassungsleistung an die Lebensbedingungen in einer Konfliktsituation dar. Die Bäuerin M.B. erklärt die Arbeitsgruppen folgendermaßen:

Wir arbeiten hier in Arbeitsgruppen und in denen teilen wir alles gerecht. Wenn wir zehn Kisten mit Bananen ernten, teilen wir das Geld zu gleichen Teilen. Da sollte nicht der eine mehr haben und der andere weniger, sondern alle gleich. Der Interne Rat hilft uns wirtschaftlich, wenn es mal nicht läuft. Sie helfen uns mit Arbeitern oder Samen oder so. Aber was wir gewinnen, ist nicht für den Internen Rat, das ist für uns, die Teil der Arbeitsgruppe sind. (M.B., 17.03.2008, San José de Apartadó)

Funktionierte die Subsistenzwirtschaft vor der Eskalation der Gewalt nach Prinzipien der kleinbäuerlichen Wirtschaftsweise, bei der sowohl die Produktions- als auch die Konsumtionseinheit aus einem Familienhaushalt bestand (Vgl. Gudeman und Rivera 1990, 39–53), bestellen die Bewohner_innen seit der Gründung der Friedensgemeinde ihre Felder in Gruppen. Das Besondere dieser *Arbeitsgruppen* ist, dass in ihr Mitglieder unterschiedlicher Familien zusammenkommen und zusammenarbeiten, wie mir E.G., der Koordinator des Weilers La Unión, erklärte:

Eine Gruppe kann nicht aus derselben Familie bestehen. Zum Beispiel eine Frau mit ihrem Mann ist keine Gruppe, dabei entsteht nicht Gemeinschaft. Es ist so, dass beispielsweise ich eine Gruppe mit einer anderen Person forme, die nicht zu meiner Familie gehört. So erzeugt man Gemeinschaft. Wenn ich eine Gruppe mit meiner Frau mache, sind wir allein. Das ist wahr, wir suchen Gruppen, die nicht aus unseren Familien bestehen. (E.G., 13.09.2013, San José de Apartadó – La Unión)

Man „kollektivierte“ gewissermaßen die Produktionseinheit, während die Konsumtionseinheit weiterhin der Familienhaushalt blieb.¹³ Eine Arbeitsgruppe formiert sich, wenn mindestens zwei Personen aus unterschiedlichen Familien übereinkommen, gemeinsam ein landwirtschaftliches Produkt anzubauen. Möchte eine Person bspw. Mais, Bananen und Kakao anbauen, könnte sie so Teil drei verschiedener Arbeitsgruppen sein. Die Ernte wird unter den Mitgliedern der Arbeitsgruppe aufgeteilt, die diese in ihren Familien konsumieren. Diese Wirtschaftsweise fußt auf der Überzeugung, dass Gemeinschaft, Vertrauen und soziale Kohäsion in einer Konfliktregion über die gemeinsame Lebensgrundlage ihrer Bewohner_innen konstruiert wird, und das ist in diesem Fall die landwirtschaftliche Produktion. Zusätzlich verfügen die meisten Familienhaushalte in der Praxis aber auch noch über individuelle Pflanzungen, Gärten oder Tiere, mit denen sie die landwirtschaftliche Produktion in den Arbeitsgruppe ergänzen.

Die landwirtschaftlichen Produkte werden zu zwei unterschiedlichen Zwecken produziert: Einerseits kultivieren die Bäuer_innen diverse Lebensmittel, wie Mais, Bohnen, Reis, Bananen, Yucca, Avocado etc. zur Sicherung ihrer Subsistenz und Ernährung. Andererseits versuchen die Bewohner_innen aber auch immer Produkte anzubauen, die sich kommerzialisieren lassen und ihnen so Einnahmen verschaffen. Dabei legt die Gemeinde allerdings großen Wert darauf, sich nicht von kommerzialisierbaren landwirtschaftlichen Produkten, also von Cash Crops, abhängig zu machen, wie mir der Bauer A.T. erklärte:

Eigentlich wollen wir nur ein grundlegendes Produkt zur Kommerzialisierung. Zum Beispiel der Kakao ist eines der Produkte, die Einkommen für den Unterhalt der Familien generieren. Und das ist gut so. Wir wollen gar nicht so viele Sachen kommerzialisieren und verkaufen. Wir wollen maximal zwei Handelsprodukte haben. Die restliche Zeit produzieren wir für den Eigenbedarf. Wenn wir nur noch für den Verkauf produzieren würden, hätten wir keine Zeit mehr für den Eigenkonsum zu säen und müssten diesen einkaufen. Und was soll das, kultivieren, um zu verkaufen und gleichzeitig

¹³ Obwohl Burnyeat die Kakao-Produktion in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellt, macht sie diese Unterscheidung nicht, sondern beschreibt die Wirtschaftsweise allgemein als kollektive Ökonomie (Vgl. Burnyeat 2018, 103, 223–25).

einkaufen, um zu überleben? Es ist besser ein Produkt für die Kommerzialisierung zu haben, und davon nicht zu viel anzubauen, damit noch Zeit bleibt, um Nahrungsmittel anzubauen. (A.T., 15.08.2015, San José de Apartadó)

Die eigene Autonomie in der Nahrungssicherheit garantieren zu können, hat in der Friedensgemeinde deshalb einen so hohen Stellenwert, weil in der Vergangenheit Straßensperren von paramilitärischen Gruppen eingerichtet wurden, an denen der Transport von Nahrungsmitteln unterbunden wurde. Um solche Blockaden zu überstehen, ist es wichtig Nahrungsvorräte zu haben, wie bspw. auch der Bauer G.T. erklärte:

Ich glaube, wir als Gemeinde sind darauf vorbereitet, zum Beispiel Blockaden zu überleben. Wir haben alles Mögliche gepflanzt, Bananen, Bohnen, Yucca, Reis. Umso mehr unterschiedliche Sachen wir pflanzen, umso besser ist es. Wir konzentrieren uns nicht zu sehr auf kommerzielle Produkte wie den Kakao, der uns ein ökonomisches Einkommen gibt. Denn wenn es eine Blockade gibt, werden wir das Geld nicht essen können. Was wir dann brauchen, sind Nahrungsmittel. Es bringt uns nicht viel, hier Geld zu haben, wenn wir kein Essen haben. Das Wichtigste hier ist das Essen. In diesem Sinne, auf eine Blockade sind wir vorbereitet, die Leute haben Essen. Auf die Nahrungsunabhängigkeit haben wir sehr geachtet und auf die vertrauen wir. (G.T., 11.08.2013, San José de Apartadó)

Landwirtschaftliche Produkte für die Kommerzialisierung werden zwar als wichtig für die Generierung von Einkommen empfunden, ihnen wird aber keine größere Priorität eingeräumt. Eine Zeitlang wurden sehr erfolgreich Bio-Bananen produziert, es gab Experimente mit dem Anbau von Kaffee und seit dem Jahr 2010 wird Bio-Kakao für den fairen Handel angepflanzt und an das englische Kosmetik-Unternehmen LUSH exportiert.¹⁴ Um nicht abhängig von einem Produkt zu werden und möglichst unabhängig bzgl. der eigenen Nahrungssicherheit zu bleiben, ist es das Ziel der Bewohner_innen, die landwirtschaftliche Produktion zu diversifizieren und sich nicht auf einzelne Monokulturen zu spezialisieren. Gerade weil es für die Gemeinde ein wesentlich größeres Bedürfnis ist, für den Eigenbedarf zu produzieren, und weil sie den begrenzten Anbau von Kommerzialisierungsprodukten nicht als Defizit, sondern als Stärke empfinden, die sich darin zeigt, dass das Erwirtschaften eines nutzlosen Überschusses abgelehnt wird, handelt es sich bei ihrer Wirtschaftsweise um eine Subsistenzwirtschaft im besten Sinne Clastres (Vgl. 1989, 195).

Neben dieser Gruppenarbeit gibt es die sogenannte *Gemeinschaftsarbeit*, die darin besteht, dass die Bewohner_innen einen Tag in der Woche nicht ihrer eigenen Arbeit nachgehen, sondern sich in ihren jeweiligen Weilern treffen und gemeinsam mit allen an einer gemeinschaftlichen Aufgabe arbeiten. Die Funktion der Gemeinschaftsarbeit erklärte mir ebenfalls der Bauer G.T. wie folgt:

P.N.: G. eine Sache, die mich interessiert ist die Gemeinschaftsarbeit ...

Die macht man wöchentlich an einem Tag. Einige [Weiler] machen sie am Mittwoch, andere am Donnerstag. Ja, das ist eine Regel der Gemeinde, die man erfüllen muss,

¹⁴ Der Kakao-Produktion, seiner ökologischen Zertifizierung und Kommerzialisierung widmet sich Burnyeat eingängig (Vgl. 2018, 177–99).

die Gemeinschaftsarbeit.

P.N.: Und wie funktioniert sie? Gibt es einen Zeitraum, in denen alle arbeiten oder ist das frei? Kann ich arbeiten, wenn ich Zeit und Lust habe, oder wie läuft das?

Die Gemeinschaftsarbeit hier passiert mehr oder weniger in einem vorgesehenen Zeitraum, von acht bis drei. Aber das wird nie eingehalten [lacht], immer wird das missachtet. Manche kommen pünktlich, andere kommen ein bisschen zu spät. Weil es Gemeinschaftstag ist, machen sie erst etwas anderes, besorgen irgendwo Geld, holen Yucca, oder irgendwas, ein Pflänzchen von dort, was auch immer. Und dann fangen sie mit der Arbeit erst um 9 Uhr an, manchmal kommen sie auch erst um 10 Uhr. Aber, da schauen wir nicht so genau hin. Wichtig ist, dass sie kommen. Dass sie kommen, ist wichtig, auch wenn es ein wenig spät ist, aber kommen sollen sie. Das ist das Wichtigste.

P.N.: Und was macht man dann?

Manchmal hat man eine Arbeit für alle geplant, aber manchmal teilt man die Leute auf. Zum Beispiel muss Sand vom Fluss geholt werden oder ein Stück Land gesäubert werden oder irgendwo liegt Müll rum. Das übernehmen häufig die Kinder. Manchmal, wenn wir früh anfangen, sind wir auch früh fertig mit der Aufgabe, dann heißt es: „Ah, es ist gerade mal mittags. Gut, wir sind fertig, wir hören auf.“ Das organisiert jeder Weiler für sich selbst, aber alle mehr oder weniger von acht bis drei, einmal die Woche.

(G.T., 11.08.2013, San José de Apartadó)

Dass die Gemeinschaftsarbeit ebenfalls mit einer sehr pragmatischen Haltung und nicht mit äußerster Verbissenheit betrieben wird, deckt sich in etwa mit meinen Eindrücken. Die Bewohner_innen registrieren zwar sehr genau, wer an einem Tag der Gemeinschaftsarbeit nicht erschienen ist. Die Arbeitszeit selbst wird allerdings mindestens im selben Maße für den Austausch von Neuigkeiten, Plaudereien sowie Klatsch und Tratsch genutzt wie für die Erledigung der vorgesehenen Aufgabe. Auch die Kinder sind mehr damit beschäftigt, in der Gegend herumzurennen, sich gegenseitig zu verfolgen oder sich zu verstecken, als bspw. gezielt den Müll zu aufzusammeln. Durch diese Form der Begegnung – alle Bewohner_innen eines Weilers treffen sich und arbeiten zusammen – erfüllt die Gemeinschaftsarbeit einen doppelten Zweck: Sie stärkt die gegenseitigen Solidaritätsbeziehungen im Allgemeinen und verfolgt ein Projekt im Spezifischen, das der Gemeinschaft zugutekommt, wie bspw. die Erneuerung von Strommästen, die Aushebung von Entwässerungskanälen oder die Instandhaltung von Wegen.

Neben diesen Bestrebungen, die Arbeit gemeinschaftlich zu organisieren, versucht die Friedensgemeinde auch gewisse Produktionsmittel gemeinschaftlich zur Verfügung zu stellen, also sowohl deren Besitz als auch deren Nutzung zu kollektivieren. Dazu gehört bspw. das Land. So hat die Gemeinde in der Vergangenheit aus Überschüssen der Kakao-Kommerzialisierung Land gekauft und auf den Namen der Gemeinde legalisieren lassen. Es heißt, dass sogar einige von den wenigen Bewohner_innen San José's, die für ihr Land auch Landtitel besitzen, diese auf den Namen der Gemeinde haben umschreiben lassen. Bäuerliche Gemeinden haben in Kolumbien nicht denselben rechtlichen Schutz wie bspw. indigene oder afrokolumbianische Gemeinden, für die eine gesonderte Gesetzgebung existiert, die bspw. den erzwungenen Verkauf von Land durch

die Erteilung kollektiver Landrechte erschwert.¹⁵ Diesen fehlenden rechtlichen Schutz versucht die Friedensgemeinde zu kompensieren, indem sie die Ländereien, für die sie oder ihre Mitglieder Titel haben, auf den Namen der Gemeinde eintragen lassen:

Kollektives Land zu haben, ist die einzige Form [des Landbesitzes], die uns begünstigt. Denn mit individuellen Titeln, schmeißen sie uns raus. Kollektives Land, ich glaube, das war eine sehr gute Idee, denn es ist die einzige Möglichkeit, dass sich niemand unseres Landes bemächtigt. (M.B., 03.09.2013, San José de Apartadó)

Es ist nicht selten, dass Halter_innen von individuellen Landtiteln in den Konfliktzonen Kolumbiens, in denen keine Rechtssicherheit herrscht, von bewaffneten Strohmännern paramilitärischer Gruppen, Großgrundbesitzer_innen oder Unternehmer_innen zum Verkauf ihres Landes genötigt werden. Mit kollektiven Titeln sind die individuellen Bäuer_innen für diese illegalen Aneignungsversuche weniger verletzlich: Über die Veräußerung oder den Verkauf von Land müsste die Vollversammlung der Friedensgemeinde abstimmen, die offensichtlich wesentlich schwieriger zu erpressen wäre. Neben diesem Aspekt des Schutzes, verfolgt die Friedensgemeinde mit der Vergemeinschaftung des Landes aber auch das Ziel, Mitgliedern Land zur Verfügung zu stellen, die selbst keinen Landbesitz haben:

Es gibt einige, die kein eigenes Land haben, also arbeiten sie auf dem, das die Gemeinde gekauft hat. Was ich dort erarbeite, gehört mir, solange ich Mitglied der Gemeinde bin. Wenn ich mich entscheide auszutreten, habe ich kein Recht mehr darauf weiter zu arbeiten. Die Gemeinde hat das Land gekauft, damit ihre Mitglieder es bearbeiten können und wir uns so davon befreien, Pacht auf einer anderen Finca zu bezahlen. Bei Land, das nicht der Gemeinde gehört, geht man hin und bittet um ein Stück, um bspw. Yucca zu pflanzen. Dort musst du dem Besitzer der Finca aber Pacht zahlen. Dagegen kommt das, was du auf dem Land der Gemeinde säst und eritest, dir und deiner Familie zugute. (E.G., 13.09.2013, San José de Apartadó – La Unión)

Neben Land hat die Friedensgemeinde auch Maschinen zur Verarbeitung des Kakaos und Zuckerrohrpressen zur Herstellung von Panela erworben, die gemeinschaftlich genutzt werden. Des Weiteren gibt es eine gemeindefeigene Viehherde, aus deren Milch bspw. Käse produziert wird sowie mehrere Maulesel, die von allen Gemeindemitgliedern benutzt werden können:

¹⁵ Allerdings gibt es in Kolumbien auf der Grundlage des Gesetzes 160/1994 die Möglichkeit, sogenannte „Zonas de Reservas Campesinas“ (ZRC) einzurichten, die eine Figur der ländlichen Raumordnung konstituieren, die die kleinbäuerliche Lebensweise und Wirtschaft schützen sollen und zu diesem Zweck ebenfalls mit der Vergabe kollektiver Landtitel einhergehen. Ihre Gründung scheint formal äußerst schwierig zu sein: Zwischen der Verabschiedung des Gesetzes im Jahr 1994 und dem Jahr 2002 wurden landesweit nur sechs solcher Zonen eingerichtet, unter der Regierung Uribe (2002-2010) keine einzige und unter der Regierung Santos (2010-2018) wurden sieben beantragt, ohne dass eine davon eingerichtet wurde. Zu den formalen Schwierigkeiten kommt hinzu, dass die bereits existierenden ZRC in Gebieten unter dem Einfluss der FARC liegen, was es konservativen politischen und wirtschaftlichen Sektoren leicht mache, die ZRC's als FARC-Unterstützer_innen zu stigmatisieren (Vgl. González Posso 2013). Dies ist einer der Gründe, warum die Friedensgemeinde, die Option eine ZRC zu gründen für sich nicht in Erwägung zieht.

Die Maulesel sind unser Transportmittel und sie sind von allen. In dem Moment, in dem jemand irgendwohin muss, besonders bei einem Notfall, stehen sie zur Verfügung. Nehmt sie euch, aber seid vorsichtig. Man muss auf sie achten, als seien sie meine eigenen, nicht wahr? Dann gibt es noch das Vieh. Am Anfang hatten wir nur sehr wenig Tiere, aber sie haben sich ganz gut vermehrt, zum Nutzen aller Familien. Die Idee ist, dass niemand sagen kann, ich verkaufe eins, denn es ist meins. Nein, die sind von allen, und wenn eins verkauft wird, fließt das Geld in einen Fonds für alle. Niemand hält es für seins, wir pflegen es gemeinsam, wie auch die Weiden und die Zäune. (G.T., 11.08.2013, San José de Apartadó)

Wie der Bauer G.T. in diesem Auszug andeutet, hat das Vieh über seinen unmittelbaren Nutzen hinaus noch eine weitere wichtige Funktion in der Friedensgemeinde: Es stellt, wie für viele kleinbäuerliche Haushalte, die in der Regel keine monetären Ersparnisse haben, eine Art wirtschaftliche Rücklage dar, die in Notsituationen, in der überraschend Geld benötigt wird, relativ schnell liquide gemacht werden kann.

Jede Organisation benötigt, um funktionieren zu können, ihr ‚poquito de plata‘ wie es die Bäuerin M.B. formulierte. Natürlich sind die *Finanzen* bei jeder Organisation ein sensibles und delikates Thema, weshalb die Mitglieder des Internen Rates nicht gerne über sie sprechen. Allerdings veröffentlicht die Gemeinde, ihrem eigenen Anspruch an Transparenz gerecht werdend, ihren Finanzbericht auf ihrer Internetseite (Vgl. CdP San José 2017n). Mir geht es im Folgenden nicht darum, einfach die Vermögenswerte und Einnahmen der Gemeinde aufzulisten, sondern ich möchte die Aspekte des Finanzberichts hervorheben, die etwas über die wirtschaftliche Organisation der Friedensgemeinde verraten. Laut dem Finanzbericht aus dem Jahr 2017 besteht etwa die Hälfte des Vermögens der Friedensgemeinde aus Ländereien, etwa ein Viertel aus Gebäuden, etwa ein Zehntel aus Maschinen und Ausrüstung sowie etwa ein Zehntel aus Geldrücklagen. Der Rest teilt sich auf zwischen Viehbestand, Computer- und Kommunikationsgeräten sowie Möbeln und Werkzeugen.

Die Einnahmen der Friedensgemeinde waren im Jahr 2017 etwas höher (etwa ein Zehntel) als ihr Vermögen. Allerdings wurden sie fast vollständig wieder ausgegeben und weniger als 1% der Einnahmen wurden zurückgelegt. Im Wesentlichen bezog die Friedensgemeinde ihre Einnahmen im Jahr 2017 aus zwei Quellen: Zwei Drittel erwirtschaftete sie aus der Kommerzialisierung von Kakao und ein Drittel erhielt sie über Spenden. Die Einnahmen aus dem Kakao-Handel wurden vollständig für die Kosten seines Anbaus und seiner Verarbeitung ausgegeben, welche sich auf verschiedene Posten aufteilen. Zunächst ist es so, dass der Kakao in den Arbeitsgruppen angebaut und von diesen an die Gemeinde verkauft wird. Das heißt, hinter einem Teil dieser Kosten der Gemeinde verbergen sich die Zahlungen für den Ankauf des Kakaos von den Arbeitsgruppen, und damit die Einnahmen der Kleinbauer_innen aus ihrem Verkauf des Kakaos an die Gemeinde. Diese finanziellen Einnahmen teilen die einzelnen Arbeitsgruppen wiederum unter ihren Mitgliedern auf. Des Weiteren wird der Kakao vor dem Export einem ersten Verarbeitungsschritt unterzogen. So muss er bspw. getrocknet und luftdicht verpackt werden, wozu Geräte benötigt werden, die laufende Kosten verursachen. Und nicht zuletzt trägt die Gemeinde das Risiko für Schäden, die während des Exports entstehen. Auf Grund des tropischen Klimas ist die Trocknung des Kakaos ei-

ne echte Herausforderung. Ob er ausreichend getrocknet wurde, erfährt die Gemeinde häufig erst nach seinem Transport. Ist er nicht trocken genug, besteht die Gefahr, dass er während des Exports schimmelt und reklamiert wird. Das heißt in der Konsequenz trägt die Friedensgemeinde nicht nur das Risiko von Schäden, sondern auch die Kosten für einen ersten Verarbeitungsschritt. Dieser erste Verarbeitungsschritt ist allerdings nicht nur notwendig, um den Kakao verschicken zu können, sondern auch ökonomisch sinnvoll, da die Gemeinde so höhere Einnahmen erzielt. Diese höheren Einnahmen behält sie aber nicht ein, sondern gibt sie, zumindest im Jahr 2017, vollständig als Einnahmen an ihre Kakaoproduzierenden Mitglieder weiter. Eigentlich ist die Idee, dass die Gemeinde aus dem Handel Gewinn zieht und Rücklagen bilden kann, was im Jahr 2017 offensichtlich nicht gelungen ist. Überhaupt waren die Einnahmen aus dem Kakaohandel, aber auch die Kosten für seine Produktion, im Jahr 2017 nur etwa halb so hoch wie im Jahr zuvor. Trotzdem schafft es die Gemeinde auf diese Weise, die ökonomischen Interessen ihrer Mitglieder besser zu vertreten, als wenn diese den Kakao individuell an andere Zwischenhändler_innen verkaufen müssten. Mittlerweile verkaufen sogar eine Reihe von Nicht-Mitgliedern, die aber auch Kakao in der Serranía de Abibe anbauen, ihren Kakao an die Gemeinde. Andererseits kann die Gemeinde ihre Einnahmen aus dem Kakaoverkauf nur deshalb vollständig an ihre Mitglieder weitergeben, weil die administrativen Kosten der Gemeinde, bspw. für die Aufwandsentschädigungen, externe Arbeitsleistungen, Unterhaltskosten für Maschinen und Kommunikationsmittel, Weiterbildungen, Reisen, aber auch für den Unterhalt des Gemeinderestaurants oder Hilfeleistungen für einzelne Mitglieder, vollständig durch Spendeneinnahmen getragen wurden (Siehe hierzu CdP San José 2017n).

Regeln

Wie jede Organisation hat auch die Friedensgemeinde ein Set an *Regeln* festgelegt, die ihren Zielen und Zwecken dienen sollen und die damit gleichzeitig die Lebensbedingungen des Kontextes wiederspiegeln, indem sie aufgestellt wurden. Die wichtigsten Regeln für jedes Mitglied der Friedensgemeinde sind die, die die Beziehung zu den bewaffneten Akteuren definieren. Sie stehen in der am 23. März 1997 unterzeichneten Gründungsdeklaration und umfassen folgende Punkte: a. Mitglieder besitzen oder tragen keine Waffen, Munitionen oder explosives Material; b. Mitglieder geben keiner Konfliktpartei logistische Unterstützung; c. Mitglieder bitten keine Konfliktpartei um die Vermittlung bei internen, persönlichen oder familiären Konflikten; d. Mitglieder verpflichten sich an der Gemeinschaftsarbeit teilzunehmen; und e. Mitglieder verpflichten sich Ungerechtigkeit und Straflosigkeit nicht hinzunehmen (Vgl. CdP San José 1997a Art. 3). Des Weiteren gibt es Regeln, die über die Jahre hinzugekommen sind. Dazu gehören: f. Mitglieder konsumieren und verkaufen keinen Alkohol innerhalb des Territoriums der Friedensgemeinde; g. Mitglieder beteiligen sich nicht am Anbau und Handel von illegalen Drogen; und h. Mitglieder nehmen keine individuellen, staatlichen Entschädigungszahlungen an. Das Regelwerk sieht vor, dass der Verstoß eines Mitgliedes gegen diese Regeln mit seinem/ihrem Ausschluss sanktioniert wird (Vgl. CdP San José 1997c Art. 3). Vier Monate nach der Gründung der Gemeinde, wurde des Weiteren ein Internes Regelwerk verabschiedet, welches die Beziehungen innerhalb der Gemeinde definiert.

Es besteht aus 12 Artikeln, zu deren Einhaltung die Mitglieder ebenfalls verpflichtet sind. Diese Artikel regeln u.a. die Voraussetzungen für einen Eintritt in die Gemeinde und die Möglichkeiten des Austrittes; definieren die Pflichten ihrer Mitglieder sowie die des Internen Rates; und benennen die möglichen Sanktionen für Regelverstöße (Vgl. CdP San José 1997c).

Besonders interessant erscheinen mir die Regeln, die nach der Gründung der Friedensgemeinde hinzugekommen sind. Erstens handelt es sich dabei um Regeln, die nicht unbedingt selbsterklärend, ihre Erklärung aber umso aufschlussreicher für das Verständnis der Situation in San José de Apartadó sowie der Position der Gemeindemitglieder sind. Zweitens sind diese Regeln nicht aus den gemeinsamen Workshops mit dem CINEP oder der *Comisión Intercongregacional de Justicia y Paz* hervorgegangen, sondern waren gewissermaßen Reaktionen auf Dynamiken und Praktiken, die mit der Gründung der Friedensgemeinde eingesetzt haben. Die Einführung des Alkoholverbotes zum Beispiel erfolgte relativ kurz nach der Gründung am Jahresende 1997 und aus der Formulierung des Bauern J.E. geht hervor, dass sie für einige ein echtes Opfer darstellt:

Weil es ein paar Schwierigkeiten gab, haben wir uns dazu gezwungen gesehen, Alkohol zu verbieten, obwohl wir ihn mögen. Zum Beispiel ich, ich war fast sowas wie ein Alkoholiker, bevor wir die Gemeinde gegründet haben, so wie alle hier. Wir mochten den Alkohol, aber wir haben die Anstrengung unternommen, weil wir glaubten, dass es notwendig ist, als Vorsichtsmaßnahme und als Mittel, mitten im Konflikt bestehen zu können. (J.E., 20.03.2008, San José de Apartadó)

Worin genau die Schwierigkeiten bestanden, wegen denen die Vorsichtsmaßnahme erhoben wurde wie es J.E. formulierte, erklärte mir die Bäuerin M.B. zu einer anderen Gelegenheit:

Diese Regel des Alkoholverbotes war nicht mal eine Initiative eines Erwachsenen, sondern eines Kindes. Während einer Feier am 24. Dezember 1997 brachte jemand seinen Schwiegervater mit einer Machete um. Er war betrunken, als er ihn umbrachte. Da war der Alkohol noch nicht verboten. Da sagte ein kleiner Junge: ‚Wenn ich Führer dieser Gemeinde wäre, würde ich nicht zulassen, dass hier nochmal Alkohol verkauft wird.‘ Und daraus entstand die Initiative, von diesem Jungen. Und es war eine sehr gute Initiative, denn die Wahrheit ist doch, dass der Alkohol einer der Faktoren ist, die Gewalt generieren. Und schau, die Initiative des Jungen hat dazu beigetragen, die Gemeinde zu stärken. (M.B., 14.08.2013, San José de Apartadó)

Auch wenn diese Regel ihren Ursprung in einem Mord innerhalb der Gemeinde hat und sie von der Aussage eines Kindes inspiriert wurde, geht ihr Sinn und Zweck allerdings über den Schutz der Mitglieder der Friedensgemeinde vor sich selbst weit hinaus, wie mir der Bauer J.S. erklärte, der in dem Weiler La Unión lebt:

Vielen Leuten fällt das schwer mit dem Alkohol, und das ist auch immer ein Problem in der Gemeinde. Es gab mal eine Feier in San José und als die Feier gerade begann, brachte jemand einen anderen um. Da sagten wir, das geht nicht. Wie können wir hier für das Leben kämpfen und uns gegenseitig umbringen? Also sagten wir: ‚Nein, lassen

wir das mit dem Alkohol.' Wir redeten mit den Leuten und sagten: ,Nein zum Alkohol, ja zu Nahrungsmitteln.' Denn viele Väter machen es so: Das Geld, um Nahrungsmittel für die Kinder zu kaufen, versoffen sie. Und das geht so nicht. Also sagten wir nein zum Alkohol. Oder schau! Die Soldaten bei den Straßenblockaden, die ließen kein Essen durch, denn das sei für die Guerilla, nicht wahr? Das war ihr Argument. Aber die Kisten von Bier und Schnaps, die ließen sie durch. Der Alkohol ist eine Kriegswaffe im Konflikt. Warum? Dem Staat spielt ein stumpfsinniges Volk in die Hände. Wenn die Leute betrunken sind, sich prügeln, sich gegenseitig umbringen, wer kommt, um das zu kontrollieren? Die öffentlichen Streitkräfte. Da machen wir nicht mit. Klar, es gibt Leute, die mögen es zu trinken. Bei denen entscheidet die Vollversammlung über Sanktionen, die müssen irgendeine Arbeit machen. Wir mussten sogar mal in einer Vollversammlung Leute wegen Alkohol der Gemeinde verweisen. Personen mit denen man schon ein, zwei, drei, ach zehn Mal gesprochen hatte. Die Leute entscheiden selbst, und einige mussten die Gemeinde wegen Alkoholproblemen verlassen. Es gibt Leute, die trinken jede Woche, und dann gibt es Probleme zwischen Mann und Frau, die Kinder hungern, und das geht so nicht. (J.S., 08.04.2008, San José de Apartadó – La Unión)

Nicht nur, dass „der Alkohol allgemein dem Menschen schadet, Geldverschwendungen ist, die Männer zu größeren Machos macht – und die Frauen auch, sowie das soziale Netz zerstört“ wie es die Bäuerin M.B. (26.03.2008, San José de Apartadó) formulierte, sein Verbot erklärt sich, aus der Perspektive der Gemeindemitglieder, auch aus dem Umstand, dass er in dem Kontext eines Gewaltkonfliktes eine Kriegswaffe ist, die ein gemeinschaftliches Projekt, wie das der Friedensgemeinde, ernsthaft schwächen kann. Warum es in der Friedensgemeinde untersagt wurde, am Drogenanbau und an dem 2011 verabschiedeten staatlichen Opfergesetz teilzunehmen, und wie diese beiden Phänomene das Zusammenleben in der Gemeinde beeinflussen, werde ich im Kapitel 3.3 und 4.1 noch intensiver ausführen. Die Einführung dieser Regeln zeigt jedoch, dass das Regelwerk der Friedensgemeinde nicht in Stein gemeißelt, sondern veränderbar ist und von den Gemeindemitgliedern, an die sich verändernden Kontextbedingungen angepasst wird.

Ähnlich verhält es sich mit den *Sanktionen* gegen Regelverstöße, deren Anwendung wesentlich flexibler ist als das Regelwerk dies vorsieht und stark von der Art des Regelverstößes abhängt. So werden bspw. die Kollaboration mit bewaffneten Akteuren, der Anbau von Drogen oder die Annahme von Entschädigungszahlungen rigoroser sanktioniert als der Konsum von Alkohol oder das Fernbleiben von der Gemeinschaftsarbeit. Gewöhnlich wird mit den Personen auch zunächst einmal gesprochen und niemand sofort der Gemeinde verwiesen. Sollte es sich bspw. um Jugendliche handeln, die gegen eine der Regeln verstoßen haben, wird auch mehrfach mit ihnen gesprochen und Wert darauf gelegt, den Sinn der Regel gemeinsam zu reflektieren. Die Härte der Sanktionen ist also auch abhängig von der Person, die einen Regelverstoß begeht, wie mir die Büuerin B.Q. bestätigte:

Jeder in der Gemeinde kennt die Regeln, aber wir sind natürlich keine Heiligen. Alle Menschen irren sich mal, wir machen Fehler. Aber das heißt nicht, dass wenn wir mal einen Fehler machen, wir dann keine Möglichkeiten mehr innerhalb der Gemein-

de haben. Die haben wir weiterhin, aber es ist unsere Pflicht, die Pflicht von jedem Mitglied, die Regeln einzuhalten und auch dafür zu sorgen, dass sie eingehalten werden. Dazu ist auch der Interne Rat da. Im Fall, dass ein Mitglied eine Regel verletzt hat, ruft der Interne Rat diese Person zur Ordnung. Und häufig verhängt er eine Sanktion, die für ein [einfaches] Mitglied nicht so hart ist. Aber für ein Mitglied des Internen Rates verdoppelt sie sich, denn die sollten sich sehr bewusst sein, was sie machen. (B.Q., 09.04.2008, San José de Apartadó – La Unión)

Sollten Gespräche nicht fruchten, verhängt der Interne Rat zunächst eine Strafe in Form einer Arbeitsleistung, die darauf abzielt, entweder den entstandenen Schaden zu reparieren oder die betreffenden Person(en) wieder in die Gemeinde zu integrieren. Ein Beispiel dafür sind die Sanktionen aus der Vignette über die Weiler-Versammlung weiter oben, in der den Jugendlichen, die sich während meines Forschungsaufenthaltes im Jahr 2013 in der Nachbarschaft betrunken hatten als Strafe auferlegt wurde, bei dem Bau eines Mini-Fußballplatzes zu helfen, der nach der Fertigstellung von ihnen selbst am stärksten frequentiert und genutzt werden sollte.

Für andere Personengruppen, wie bspw. Mitglieder des Internen Rates, wird die Verletzung derselben Regeln, wie B.Q. bereits sagte, wesentlich strenger geahndet. Ein Beispiel dafür ist der bereits erwähnte Bauer R.A., der bei der Gründung der Friedensgemeinde Teil des Komitees für Bildung war. Als ich ihn im Jahr 2008 kennenlernte, war er Mitglied des Internen Rates. Er ist in dem Weiler La Unión geboren, lebte dort und ritt fast täglich von diesem nach San José herunter. Meine Erinnerung an ihn, und irgendwie auch mein Bild von seiner Person, ist von dem ersten Eindruck seines britten Ankommens in der ‚Holandita‘ verbunden. Er kam den Weg in einem Tempo heruntergaloppiert, so dass alles an ihm wehte. Dabei führte er das Pferd nur mit der rechten Hand, die linke ruhte am Griff seiner Machete, die an seiner Hüfte hing. Ich stand mit anderen Gemeindemitglieder direkt am Wegrand. So, wie er für die Wegverhältnisse eine Nuance zu schnell unterwegs war, so bremste er für das Tempo, mit dem er unterwegs war, eine Nuance zu spät ab. Noch bevor das Pferd überhaupt zum Stehen kam, sprang er ab und landete uns beinahe auf den Füßen. Seine Größe, Drahligkeit und Agilität gab seinem Auftritt eine Dynamik, die von der Nonchalance seines Gesichtsausdrucks unterstrichen wurde: Er musterte mit seinen bauernschlauen Augen die umstehenden Personen. Seine ganze Art war eine Spur zu provokant, zu lässig und zu resolut. Er gehörte ohne Zweifel zu den Typen von Personen, die man früher im Sportunterricht unbedingt in seiner Mannschaft haben wollte. Ich durfte ihn im Jahr 2008 mehrmals begleiten, u.a. in den Nachbarlandkreis Carepa, um dort mit dem Bananen-Exportunternehmen ‚Unibana‘ Absprachen zu treffen. Mein Bild von ihm wurde natürlich differenzierter, nicht zuletzt wegen seines fürsorglichen Agierens für und reflektierten Redens über die Friedensgemeinde. Irgendwie überraschend, aber auf Grund seiner Art auch irgendwie nicht, war der Umstand, dass er bei meinem nächsten Forschungsaufenthalt im Jahr 2013 nicht mehr Mitglied der Friedengemeinde war. Er hatte sich im Jahr 2009 in unmittelbarer Nähe zur Gemeinde mehrfach betrunken, wovon er mir, wie folgt, berichtete:

P.N.: Eine kleine Frage, bist du nur aus dem Internen Rat ausgetreten oder auch aus der Gemeinde?

Am Anfang nur aus dem Internen Rat. Aber danach hab ich es geschafft, ganz aus der Gemeinde rauszufliegen, auf Grund meiner eigenen Unordnung [lacht verlegen].

P.N.: Wirklich? Was ist passiert?

Na ja, die Gemeinde hat ein paar Regeln, die sehr anständig sind. Und ich habe eine dieser Regeln der Gemeinde verletzt, das Alkoholverbot. Ich habe diesen Fehler begangen und mich nun von der Gemeinde etwas distanziert. [...]

P.N.: Aber, wenn ein Mitglied eine Regel verletzt, wie läuft der Prozess des Austretens ab? Wie ging es dir? Sie haben entdeckt, dass du Alkohol getrunken hast, und danach, was passierte dann? Denn du hast doch immer noch eine gute Beziehung zu der Gemeinde, oder nicht?

Ja, ich hatte immer eine gute Beziehung zu ihr, weil, na ja, vor allen Dingen, weil wir, die in der Gemeinde waren, Teil eines Bildungsprozesses waren. Seitdem wir mit der Gemeinde begonnen haben, sogar schon davor, gab es diesen Prozess, uns die Dinge bewusst zu machen. Du bist dir bewusst, was du tust, was du getan hast und was du tun wirst. Nicht wahr? Also wie ich dir sagte, man hat mich in flagranti erwischt, beim Betrinken. Die Gemeinde ist wachsam. Ich passe auf dich auf, und du auf mich, schon allein aus Sicherheitsgründen. So war die Sache sofort am Licht. Wir machten eine Versammlung und sie fragten mich danach. Ich sagte ihnen: „Ja, den Fehler hab ich begangen.“ Also gaben sie mir eine Art Strafe für sechs Monate, damit ich auch Zeit hätte darüber nachzudenken, nicht wahr? Und noch war ich da nicht draußen, sondern ich hatte die sechs Monate, um mich zu bewähren. Na ja, und meine eigene Dickköpfigkeit, ich bin sehr dickköpfig, ich hab denselben Fehler nochmal begangen. Na gut, und da sagten die Leute: „Nein also, sie haben ihm sechs Monate gegeben und schau, er setzt es in den Sand. Besser ist, er geht ein bisschen auf Distanz. Und wenn er sich wieder bereit fühlt mit uns weiter zu kämpfen, dann soll er Bescheid sagen.“

P.N.: Wirklich?

Ja, schon vor einiger Zeit wollten sie mit mir sprechen und fragten mich, ob ich bereit sei weiter zu machen. Ich sagte ihnen: „Nein, lasst uns noch ein bisschen warten, ich glaube, ich bin noch nicht wirklich bereit. Lasst mir noch ein bisschen Zeit.“ Aber klar, ich denke darüber nach, für meine Familie, für mich. Aber nicht nur für meine Familie und mich, auch für die Gemeinde, für die Leute hier, für das Land und alles. Seit kurzem denke ich ans Eintreten. Ich glaube, ich werde eine Karte schreiben und darum bitten, dass sie mich wieder aufnehmen. (R.A., 14.09.2013, San José de Apartadó – La Unión)

Obwohl R.A. weiterhin sehr enge Beziehungen zur Gemeinde pflegt, ihr nahesteht sowie in Überlegungen und Absprachen der Gemeinde miteinbezogen wird, ist er bis zu meinem letzten Aufenthalt im Jahr 2017 nicht wieder als formales Mitglied in die Friedensgemeinde eingetreten. Da die Mitglieder der Gemeinde über diese Regeln in der Vollversammlung gemeinsam abgestimmt haben, laufen diese Ausschlüsse, wie im Falle R.A.s, wohl meistens ohne großen Widerstand der Ausgeschlossenen ab. Viele der ausgeschlossenen Familien bleiben sogar in unmittelbarer Nachbarschaft der Gemeinde leben, teilweise hilft ihnen die Gemeinde auch neue Häuser zu bauen, obwohl es natürlich auch Austritte gab, die weniger harmonisch liefen, wie mir R.A. in demselben Interview fortfuhr zu berichten:

PN.: Aber gab es auch Leute, die im Streit gegangen sind?

Na gut, klar, gibt es auch uneinsichtige Leute. Es gibt hier alle möglichen Leute und auch Leute, die versuchen, die Gemeinde zu verarschen. In einem Fall trafen sie zum Beispiel eine Vereinbarung, die mir in Ordnung erschien. Die Gemeinde sprach mit den Leuten und sagte: „Schaut, wir sind Bauern, wir sind Brüder und alles, aber wir können nicht länger zusammenbleiben, denn ihr verletzt die Regeln der Gemeinde. Und weil ihr sie verletzt, wollt ihr scheinbar auch nicht dazu gehören. Also machen wir eine Sache, entweder ihr geht oder wir gehen.“ Die meisten von ihnen sagten: „Nein, wir gehen. Es ist nicht nötig, dass die Gemeinde geht. Wir gehen, aber vielleicht hilft ihr uns.“ Da sagte die Gemeinde: „Womit wir euch helfen können, damit helfen wir.“ Einverstanden, Häuser bauen. Die Gemeinde half ihnen neue Häuser zu bauen. Gut, nachdem die Häuser gebaut waren, begannen einige zu sagen, dass sie nicht gehen würden. Sie fanden Einwände: „Schau, wir haben da keine Elektrizität, wir haben da nicht ... was weiß ich.“ Da riss der Gemeinde ein wenig die Hutschnur und sie sagten: „Einen kleinen Moment, ganz am Anfang haben wir gesagt, wenn es irgendein Problem gibt, gehen wir und ihr bleibt hier. Und jetzt wollt ihr plötzlich nicht mehr. Wir haben unser Wort gegeben, und wir haben es gehalten. Entweder haltet ihr es auch oder ihr gebt uns das Geld wieder, das wir in die Häuser gesteckt haben.“ Aber am Ende, war der Konflikt nur mit ein, zwei Personen. Und das ist wie immer, das ist normal, kein Dorf ohne seinen Verrückten. Am Ende war es nur eine Person, der Rest sagte: „Nein, er spricht nicht für alle. Er spricht nur für sich selbst. Regelt das mit ihm, nicht mit uns.“ Am Ende repräsentierte er niemanden, nur seine eigene Familie, seine Frau und Kinder. Die anderen Leute sagten: „Nein, wir fordern nicht mehr, wir sind einverstanden mit der getroffenen Vereinbarung.“ (R.A., 14.09.2013, San José de Apartadó – La Unión)

Ganz ähnlich gestalten sich auch die Beziehungen zu den zivilen Nicht-Mitgliedern in der Region, die ein breites Spektrum möglicher nachbarschaftlicher Verhältnisse abdeckt. Zu einigen Bäuer_innen, die nicht Mitglieder der Gemeinde sind, existieren solidarische Beziehungen, weil die Gemeinde bspw. auch von ihnen Kakao abkauft oder sie bei gemeinsamen Anliegen unterstützt. Diese Solidarbeziehungen werden insbesondere dann enger, wenn Aktionen der bewaffneten Gruppen zunehmen, weil viele Nicht-Mitglieder der Region die Reichweite der Öffentlichkeitsarbeit der Friedensgemeinde und ihre Kontakte zu (inter-)nationalen Organisationen erkennen und wertschätzen. Zu anderen Bäuer_innen sind die Verhältnisse distanzierter, und werden in einigen Fällen durchaus auch konfliktiv, wenn bspw. ein Stück Land von verschiedenen Personen beansprucht wird, wofür der Bauer A.T. mir folgendes Beispiel gab:

Im Jahr 2008 kehrte die Gemeinde zum Weiler Resbalosa zurück. Die Gemeinde reparierte dort eine Schule, das Dach und die Struktur des Daches. Die Reparatur kostete fast acht Millionen Pesos. Wir brachten sie wieder zum Funktionieren. Nachdem wir das organisiert hatten, kamen Leute von der Junta de Acción Comunal, die gar nicht dort in diesem Bereich lebten. Sie kamen, um uns das Land zu nehmen, indem sie sagten, die Schule sei von den Juntas und das Stück Land auch und was weiß ich. Die Gemeinde sagte: „Kein Problem, wir sind hier nicht hergekommen, um über Land zu streiten.“ Also kaufte die Gemeinde ein Stück Land, genau das, wo das Massaker 2005 begangen wurde, das Stück Land kaufte die Gemeinde und zog mit den Familien dort

drauf. Wir zogen mit den Mitgliedern der Gemeinde auf dieses Land und überließen die Schule der Juntas. Und was passierte dann mit der Schule? Jedes Mal, wenn die Soldaten Lust dazu haben, verwandeln sie sie in einen Schützengraben. Sie machen es zu einem Militärcamp. Welcher von den Juntas geht dort hin, um sie rauszuschmeißen? Niemand. (A.T., 15.08.2015, San José de Apartadó)

Die besondere Dramatik in diesem Fall besteht offensichtlich darin, dass die Friedensgemeinde zunächst die Schule renoviert hat, sie dann auf Grund des Landkonfliktes nicht nutzen konnte und sie im Endeffekt von Militärs strategisch besetzt wird, wogenen die Juntas nach Aussage A.T.s nicht vorgehen würden.

Neben diesen Gemeindespezifischen Regeln behält sich die Friedensgemeinde aber auch vor, bei Verstößen gegen allgemeingültige Normen und Gesetze Recht zu sprechen und nicht jedes Delikt eines Gemeindemitglieds sofort zur formalen Anzeige zu bringen. Dies gilt gewöhnlich nur für leichte Vergehen, wie bspw. Diebstahl oder Sachbeschädigung, wobei die Sanktionen hierfür auch einen restaurativen Charakter haben und möglichst den Schaden wiedergutmachen oder einen Wert für die Gemeinschaft produzieren sollen, wie die Bäuerin M.B. erklärte:

Ja zum Beispiel, wenn eine Person von hier jemand anderem ein Huhn stiehlt, und es jemand bemerkt, dann reden wir mit dem Internen Rat. Aber nicht um einen Skandal daraus zu machen. Der Interne Rat ruft die Person und spricht mit ihr, damit sie nicht weiter Schaden anrichtet. Und wenn sie weiter Schaden anrichtet, sagt man ihr, dass sie so hier nicht weiter leben können wird. Wir können hier nicht eine Person haben, der es gefällt, andere Sachen zu nehmen, denn das schadet der ganzen Gemeinde. Aber es geht auch nicht darum, der Person zu schaden, sondern sie zu korrigieren. Mehr als um eine Strafe geht es darum, dass die Person zu Vernunft kommt und nicht weiter den anderen schadet, denn wir müssen uns respektieren. Zum Beispiel, was hier passiert ist..., es ist beschämend, aber ich glaube, es war ein Mädchen der Gemeinde, die das gemacht hat. Hier wurde zwei Besuchern Geld gestohlen. Du vermisst nichts, oder? Sicher? Also, ich hoffe, sie hat sich korrigiert, denn das ist schrecklich, wir fühlen uns grauenhaft. Das war noch ein Mädchen, eine Jugendliche.

P.N.: Und was passiert in solchen Fällen?

Man sagt es dem Internen Rat, damit er die Person zur Ordnung ruft, wenn sie wissen, wer es ist. Man gibt ihnen drei Chancen, manchmal auch vier. Wenn es das erste Mal vorkommt, trifft sich der Interne Rat und diskutiert das Problem, um zu sehen, was man machen wird und welche Sanktion es geben kann. Das hängt auch von dem Fehler ab. Ist es ein schwerer Fehler, wird auch die Sanktion schwer. Und wenn es ein Fehler ist, wie Alkohol trinken, dann bekommt die Person 8 bis 15 Arbeitstage aufgebrummt, arbeiten für die Gemeinde, wie Gemeinschaftsarbeit. (M.B., 26.03.2008, San José de Apartadó)

Es gab aber auch wesentlich schwerwiegender Fälle von Diebstahl in der Vergangenheit, bei denen sich bspw. Mitglieder der Friedensgemeinde vom Militär haben anwerben lassen und von diesem dazu angehalten wurden, Rechner der Friedensgemeinde zu stehlen und dem Militär zu übergeben (Siehe hierzu auch Giraldo Moreno 2010, 116–17), wie die Bäuerin A.U. berichtete:

Ach, es gab hier auch korrupte Erwachsene. Es gab einen, der klaute am Ende der Gemeinde Computer. Er nahm sie mit, weil das Militär ihm fünf Millionen Pesos dafür geben wollte. Aber da fanden sie keine Information. Die Information, die sie wollten, waren Videos der Guerilla, oder über Gespräche mit der Guerilla, aber das machen wir nicht. Also nützte ihnen das nicht, sie zu stehlen. (A.U. 18.03.2008, San José de Apartadó)

Diese Form des Diebstahls, die offensichtlich ebenfalls gegen die Regel, nicht mit bewaffneten Akteuren zu kollaborieren, verstößt und bei dem die Geschädigte die Gemeinde als Gemeinschaft ist, wurde das Mitglied mit seinem Ausschluss sanktioniert. Genauso wie es einzelne Mitglieder gab, die mit dem Militär zusammenarbeiteten und die Gemeinde verlassen mussten, gab es aber auch Mitglieder, die mit der Guerilla zusammenarbeiteten und ebenfalls die Gemeinde verlassen mussten, wie mir E.G., der Koordinator des Weiler La Unión, erzählte:

Es gab mal ein, zwei Familien hier, die die Guerilla unterstützten. Die Guerilla kam hierher, nicht in Uniform, aber in Zivil. Und die Sache wurde richtig kompliziert hier in der Gemeinde.

P.N.: Echt. Aber wie muss man sich das mit der Guerilla vorstellen? Hatten sie Familienangehörige, die sie besuchen kamen, oder wie?

Nein, sie waren eher befreundet. Und sie baten einfach um Gefallen, die sie ihnen taten. Stell dir vor, das ging so weit, dass die Personen von hier sie unterstützten. Sie bewahrten Munition und Uniformen auf, machten ihnen Essen, sie blieben auch mal hier. Also das wurde zu einer richtig komplizierten Angelegenheit für die Gemeinde, aber richtig kompliziert. Wir kamen an den Punkt zu sagen, die Gemeinde zieht sich aus diesem Weiler zurück. Am Ende sagten sie: „Nein, besser ist, wir gehen, damit die Gemeinde hier weiterleben kann.“ (E.G. 13.09.2013, San José de Apartadó – La Unión)

Bei schwereren Delikten, wie bspw. innerfamilärer Gewalt, versucht der Interne Rat zunächst ebenfalls im Gespräch mit den beteiligten Personen Lösungen zu finden. Allerdings wird bereits in den Gesprächen immer auch die Möglichkeit einer Anzeige in Erwägung gezogen. Dass ein Fall von innerfamiliärer Gewalt tatsächlich zur Anzeige gebracht wurde, ist mir nicht bekannt. Dies hat sicherlich auch damit zu tun, dass eine Trennung des Paars sozial völlig akzeptiert ist und häufig als Lösung für innerfamiliäre Konflikte praktiziert wird. Der durchaus häufige Partner_innenwechsel der Gemeindemitglieder hat interessanterweise den Nebeneffekt, dass familiäre Verbindungen innerhalb der Friedensgemeinde insgesamt dichter werden und so die soziale Kohäsion zunimmt. Sehr schwere Delikte, während meines Forschungsaufenthaltes im Jahr 2013 wurde bspw. eine Person verdächtigt, zwei Kinder belästigt zu haben, werden von der Gemeinde zur Anzeige gebracht und die Person der Gemeinde verwiesen.

Dass es sich bei der Friedensgemeinde nicht um eine total integrierte, harmonische und konfliktfreie Gemeinschaft handelt und dass, wie in jeder Gesellschaft, Meinungsverschiedenheiten, Reibungen und interne Konflikte zum Alltag dazu gehören, ist hoffentlich bereits deutlich geworden. Auch wenn diese Konflikte nicht immer Regelverstöße, Vergehen oder Straftaten in einem engeren Sinne darstellen, gehört es zu den Aufgaben des Internen Rates hier zu vermitteln. Häufige Reibungspunkte betref-

fen auch hier Aspekte, die kontextunabhängig in vielen Gesellschaften Themen sind, wie die Entwicklung der Jugendlichen in der Gemeinde oder unterschiedliche Vorstellungen von Geschlechterrollen, bzgl. derer die Friedensgemeinde also keine Ausnahme von anderen Gemeinden bildet. Dabei betreffen die Herausforderungen mit den Jugendlichen nicht nur deren Ambitionen zu feiern oder zu trinken, sondern auch die Gefahr ihres Austrittes bzw. ihrer Abwanderung, sei es, dass sie von bewaffneten Gruppen rekrutiert werden oder auf der Suche nach Lohnarbeit bzw. monetärem Einkommen in die Städte abwandern. Auf zweiteres verwies der Bauer G.T., als wir über die Bildungsmöglichkeiten in der Gemeinde sprachen:

Die Schule hier in der Zone geht normalerweise nur bis zur fünften Klasse. Es gibt hier keine weiterführende Schule und die hat es auch nie gegeben. Wer Abitur machen möchte, muss nach Apartadó gehen. In Apartadó kann man das.

P.N.: Und danach, kommt man dann wieder zurück?

Tja, nachdem die Jugendlichen das Abitur gemacht haben, würden sie es am liebsten dort ruhig angehen lassen. Dann wollen sie nicht mehr auf das Land zurück. Das ist ein Problem, das wir schon mehrfach in der Gemeinde diskutiert haben. Das generiert eine richtige Abwanderung, wie die Vertreibung, nur nicht auf Grund von Kugeln, sondern um die Vorteile der Bildung zu nutzen. Wenn ein Vater zum Beispiel die Mittel hat, seinem Kind nicht nur die Grundschule, sondern auch das Abitur zu ermöglichen, dann lernt das Kind dort andere Sachen kennen. Dann will es nicht mehr zurück auf das Land und lehnt die bäuerliche Lebensweise ab.

P.N.: Und das hat bereits zu Problemen geführt?

Das ist ein Problem. Gerade diese Woche haben wir darüber diskutiert, oben in Mula-tos. Das fing damit an, dass ich eine Frau, die zwei Söhne hat, fragte: „Du, was wünschst du dir für deine Söhne?“ und sie sagte: „Ich möchte, dass sie Bildung erhalten und wenn Gott es mir erlaubt, werde ich diesen Kindern Bildung ermöglichen können. Ich möchte nicht, dass die Kinder eine Machete nehmen und die Erde bearbeiten.“ Darauf fragte ich: „Und was werden sie dann tun?“ Und sie sagte: „Besser sie gehen und verdienen Geld, dort in der Stadt.“ Also redeten wir darüber, und ich sagte ihr, dass das eine große Abwanderung generieren wird. Ich fragte sie: „Aber ist es nicht so, dass wir Bauern sind? Und wollen wir nicht, dass unsere Kinder, so wie sie auf dem Land geboren sind, so auch auf dem Land bleiben und das Land verteidigen, das alles verteidigen, was auch wir verteidigt haben? Und sollen sie sich wirklich in Sklaven verwandeln und für irgendjemanden arbeiten, von dem man nicht mal weiß, wer er ist?“ Mehr oder weniger darüber haben wir diskutiert. Und ja, das ist ein Problem.

P.N.: Also, ist es eine Tatsache, dass einige Jugendliche abwandern?

Einige gehen, ja. Also, im Moment kann man in der Gemeinde nur bis zur fünften Klasse machen. Es gab aber auch schon Treffen und Vollversammlungen, wo die Leute gefragt haben: „Die Kinder gehen irgendwo anders zur Schule, und wenn sie fertig sind, was machen sie dann?“ Wir versuchen eine weiterführende Schule aufzubauen mit den Möglichkeiten, die wir hier in der Gemeinde haben. Wir haben die Schneiderei, die Tischlerei, wir haben Maschinen zur Verarbeitung von Früchten und Kakao. Die Idee ist, dass die Kinder eine weiterführende Schule in diesem Sinne bekommen, dass sie

am Ende ein bisschen schneidern oder Holz polieren können. Aber das sind Ideen. (G.T., 11.08.2013, San José de Apartadó)

Die Abwanderung von Jugendlichen ist eine Herausforderung, vor der sich viele ländliche Gemeinden nicht nur in Kolumbien sehen. Trotzdem stellt sie in einem Konfliktkontext eine besondere Herausforderung dar, da die Gewalt in der Zone und die Rekrutierungsversuche von bewaffneten Akteuren zusätzliche Anreize für den Weggang der Jugendlichen schaffen. In einigen Fällen sind es auch die Eltern selbst, die mit ihren Kindern wegziehen, wenn diese in das Alter kommen, in dem sie von den bewaffneten Gruppen angeworben werden.

Die Geschlechterrollen und -konflikte sind hingegen auch in der Friedensgemeinde geprägt von einem nicht nur im ländlichen Raum Kolumbiens dominanten Machismo und heteronormativen Gendervorstellungen. Einen Einblick in diese geben die Aussagen der Bäuerin A.U. – Witwe von Alberto Yepes –, die die Problematik wie folgt beschrieb:

Die Frauen zum Beispiel, die nicht im Internen Rat sind, sind es häufig nicht, weil sie nicht wollen. Manchmal werden drei oder vier Frauen in den Internen Rat gewählt, aber dann sagen sie: ‚Nein, ich trete nicht in den Internen Rat ein, denn ich kann nicht in der Öffentlichkeit reden.‘ Oder: ‚Nein, ich möchte nicht in den Rat, denn ich bin nicht fähig, eine Versammlung zu leiten.‘ Also nehmen sie nicht an. Dabei sind sie es selbst, die sich, wie sagt man, abwerten. Sie glauben, sie hätten die Fähigkeit nicht. Aber nein, wenn sie erst mal mitmachen, haben sie diese Fähigkeit. Im Rat gibt es immer nur eine oder zwei Frauen. Nur bei der Arbeit herrscht Gleichheit. Ich sage, wenn wir kämpfen, können wir Frauen die Gleichheit erreichen. Denn, natürlich wird die Frau von den Männern abgelehnt. Der Mann ist ein Macho. Er will, dass niemand fähig ist, die Dinge zu tun, außer er. Deshalb will der Mann nicht, dass die Frau etwas lernt, denn dann: ‚Ja, wenn meine Frau etwas lernt, dann will sie auch arbeiten, und wenn sie arbeitet dann lässt sie sich nicht mehr von mir herumkommandieren.‘ Das ist der Machismo der Männer. Mit mir nicht, ich lass mich nicht von einem Mann manipulieren. Ich bin sehr aufmüpfig. Wenn mir mein Mann sagt, ich wäre dazu verpflichtet, ihm das Essen zu servieren, dann sage ich: ‚Kann ich nicht‘ und bringe es ihm bitter oder versalzen, weil ich eben nicht kann. Aber die Frauen hier lassen sich häufig schlecht behandeln, weil sie sich irgendwie unterlegen fühlen. Man sagt zu einer Frau: ‚Hör mal, warum gehen wir nicht zu diesem Treffen?‘ ‚Nein, mein Mann lässt mich nicht.‘ ‚Lass uns das und das machen.‘ ‚Ah mein Mann lässt mich nicht.‘ ‚Du brauchst doch diese Sache, warum verkaufst du nicht das Huhn, um sie dir zu kaufen?‘ ‚Ah, mein Mann lässt es mich nicht verkaufen.‘ Hör dir das an! Stell dir das vor! Der lässt sie nicht mal ein Huhn verkaufen. Mein erster Mann ließ mich auch nie etwas machen. Er schlug mich nur und ließ mich nie etwas machen. Und als ich ihn verließ, versprach ich, dass ich mich nie wieder von einem Mann schlagen lasse. Und ja, ich respektiere einen Mann und er sollte mich respektieren, aber ich lasse mich nicht manipulieren. (A.U., 18.03.2008, San José de Apartadó)

Dies sind nur kleine Einblicke, die deutlich machen, dass das Zusammenleben in der Friedensgemeinde, wie in jeder Gemeinschaft, von einer ganzen Reihe interner Span-

nungen und Konflikte geprägt ist, und sie auch in diesem Sinne keine bessere oder edle Ausnahme von anderen ländlichen Gemeinden in Kolumbien bildet. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, wie aktuell die Kritik Ortners (Vgl. 1995), laut der interne Konflikte und Spannungen in ethnographischen Arbeiten über politische Bewegungen und Widerstandsprojekte nicht berücksichtigt würden, mit Blick auf anthropologische Arbeiten über die Friedensgemeinde weiterhin ist. Weder Aparicio noch Burnyeat, die beide den Anspruch formulieren, dichte ethnographische Beschreibungen zu geben, thematisieren die internen Konflikte, Widersprüche und Machtasymmetrien, aber auch Courtheyn verzichtet darauf (Vgl. 2016; 2018b; 2018c). Burnyeat zieht bspw. zur Erklärung der sinkenden Mitgliederzahlen eher die verkürzte Begründung heran, dass Mitglieder auf Grund einer vermeintlich besseren Sicherheitssituation in der Region aus der Friedensgemeinde ausgetreten seien, als zu sagen, dass dies auf Grund interner Probleme geschehen ist (Vgl. 2018, 26). Diesen Arbeiten fehlt auch eine gender- oder alterssensible Perspektive auf die Friedensgemeinde, was zusammen mit dem fehlenden Blick für interne Konflikte zur Suggestionbeiträgt, es handle sich bei der Friedensgemeinde um eine äußerst homogene und harmonische Gemeinschaft. Das fällt insbesondere bei Burnyeat stärker auf, weil sie damit gegenüber den Gemeindemitgliedern genau das macht, wofür sie die Friedensgemeinde im Umgang mit dem ‚Staat‘ wiederholt kritisiert (Vgl. 2018, 16, 85, 127, 169): sie homogenisiert diese, um sie besser kritisieren zu können.

Trotz dieser vorhandenen internen Konflikte, von denen es in der Friedensgemeinde mehr als genug gibt, verbindet die Bewohner_innen ein Gefühl der Zugehörigkeit zu diesem Ort und der Solidarität untereinander. Diese Zugehörigkeit und Solidarität möchte ich abschließend an Hand von zwei Interviewauszügen illustrieren. Ich lasse sie unkommentiert stehen, sie sprechen m.E. für sich. Der erste stammt von dem Bauern J.S., der für das Interview extra den Stelzen-Wettkauf mit seiner Tochter unterbrach, mir freudestrahlend berichtete, dass er als Kind hier alle Stelzen-Wettkämpfe in der Seranía de Abibe gewonnen habe, sich mit mir auf eine Mauer vor seinem Haus setzte, von der man einen weiten Blick über den Weiler La Unión hatte und sich folgendermaßen vorstellte:

Mein Name ist J., ich bin hier in dem Weiler La Unión geboren. Ich bin 36 Jahre alt und sehr stolz, hier geboren zu sein. Ich danke Gott, dass er mir dieses Leben gegeben hat. Das hier ist wie eine Familie für mich, die Familie da drüben und diese, die sind wie meine eigene Familie. Wir sind hier zusammen aufgewachsen, ich bin in diese Schule dort gegangen, mein Vater hat mir hier das Arbeiten beigebracht und wie man sich mit den Leuten versteht. [...] Ich bin sehr glücklich, hier zu leben. Als ich mal in den Vereinigten Staaten war, sagte man mir: „Mensch, aber dort töten sie so viele, warum gehst du nicht weg? Warum bleibst du nicht hier?“ Sie sagten mir: „Bleib doch hier!“ Viele Leute, die unsere Geschichte hörten, viele Kolumbianer dort, weinten. Das tat mir weh. Ich habe mir das angeschaut und darüber nachgedacht, aber nein! Ich sagte: „Selbst wenn ihr mir eines der besten Häuser schenken würdet, würde ich nicht bleiben. Ihr könnet mir alles geben, aber mit Sicherheit würde ich nicht bleiben.“ Ich habe eine Zuneigung, eine Liebe für das hier. Mag sein, dass es ein hässliches Dorf ist und man hier schlecht lebt, aber ich fühle mich wohl, ich bin glücklich und stolz hier ge-

boren zu sein und hier zu leben. Und viele Leute sind das. Schau, viele Leute sind hier weggegangen, aus Angst vor dem Konflikt. Und viele Leute sind wieder zurückgekommen. Und es ist nicht so, dass wir den Konflikt nicht kennen würden. Im Gegenteil, wir mussten sehr harte Dinge erleben, genau wie andere Regionen auch. Aber hier sind wir glücklich und das gibt uns Kraft, um weiter für unser Land zu kämpfen. Wo werden wir nochmal einen Ort wie diesen finden? Nein, ich denke wir haben hier alles. Das Einzige, was wir brauchen ist, dass man uns respektiert, dass man uns arbeiten lässt. Wir fordern von der Regierung absolut nichts, nein, außer dass sie uns respektieren, uns in Ruhe lassen und uns arbeiten lassen. Wenn wir in Ruhe arbeiten können, dann kommen wir voran. (J.S., 08.04.2008, San José de Apartadó – La Unión)

Der zweite Auszug stammt aus einem Interview mit A.T., dem kleinen Bruder des Bauern G.T. und einem der jüngeren Führungspersonen der Gemeinde. Während sein dreijähriger Sohn ununterbrochen versuchte, die Aufmerksamkeit seines Vaters auf sich zu ziehen, indem er mit verschiedenen Werkzeugen der Tischlerei hantierte, in der das Interview stattfand, sprach er über die Solidarität unter den Bewohner_innen der Gemeinde:

Ich glaube, es gibt eine Sache, die die Gemeinde von Anfang an gelernt hat: Gemeinsam entwickeln wir unsere Stärke. Wenn wir organisiert sind, haben wir Kraft. In Gemeinschaft können wir Dinge erreichen. Zum Beispiel die Rückkehr zu dem Land, von dem wir vertrieben wurden, zuerst zum Weiler La Unión, dann Arenas, dann Esperanza und dann Mulatos, das passierte in Gemeinschaft, das war organisiert. Oder wenn hier in der Zone irgendwas mit einem Bauern oder einem Mitglied der Gemeinde passiert, dann geht dort die ganze Gemeinde hin, um diesen zu verteidigen. So macht man das. Wenn jemand allein zu einem bewaffneten Akteur geht, was wird er da erreichen? Und auch wenn es anstrengend ist mit der ganzen Gemeinde zu gehen, mit den Kindern, Jugendlichen, Alten und allen Erwachsenen, das kostet uns, das ist eine richtige Aufgabe. Aber was würde passieren, wenn nur ein oder zwei gingen? Nein, wir haben die Erfahrung gemacht, dass die Sachen in Gemeinschaft funktionieren, man hört uns besser. Im letzten Jahr gingen wir, um einen Jungen wiederzuholen, den das Militär im Weiler Cristalina festgenommen hatte und als Guerillero ausgegeben wollte, obwohl der Junge mentale Probleme hat. Mit einer ganzen Gruppe ging die Gemeinde dort hin und nicht wieder weg, bis sie ihn frei ließen. Das haben wir geschafft. Die Familie des Jungen, der Onkel und die Brüder, war da und mühte sich mit dem Militär ab, um zu sehen, was man machen kann. Aber die haben sie nicht mal beachtet. Wir gingen als Gemeinde hin und so ging es. Also, gemeinschaftlich, mit einem klaren Ziel, so schafft man es. Also sagen wir, als Gemeinschaft funktionieren die Sachen, allein machen wir nichts und erreichen wir nichts. Viele Leute haben sich daran gewöhnt, viele Leute haben das verstanden, dass es so ist und deshalb bleiben wir als Gemeinschaft zusammen. (A.T., 15.08.2015, San José de Apartadó)

Bezüglich der internen Organisation und Funktion der Friedensgemeinde lässt sich zusammenfassend sagen, dass die Friedensgemeinde über eine elaborierte Struktur von Gremien verfügt, die die Partizipation ihrer Mitglieder fördert und erfordert, dass ihre Mitglieder alltägliche Praktiken und Strategien entwickelt haben, die die Solidarität

und den Zusammenhalt unter ihren Mitgliedern stärken, und dass diese Organisationsstruktur nicht monolithisch festgeschrieben ist, sondern die Gemeindemitglieder über die Fähigkeit verfügen, sie immer wieder weiterzuentwickeln und an den sich verändernden Kontext anzupassen. Mit der Vorstellung der politischen Gremien, der ökonomischen Organisation und der internen Regeln habe ich die wichtigsten Aspekte der formalen Organisation der Friedensgemeinde umrissen und ihre Realisierung in der Praxis beschrieben.¹⁶ Wie sich die Friedensgemeinde bis in das Jahr 2017 weiterentwickelt hat und welche Erfahrungen ihre Bewohner_innen in dieser Zeit gemacht haben, werde ich im folgenden Abschnitt thematisieren.

3.3. Entwicklung bis in die Gegenwart: ‚Das ist was für Mutige‘

Viele Leute glauben, das ist verrückt. Aber dieser Prozess ist so wertvoll, weil er Leben inmitten des Krieges generiert, trotz vieler Massaker, selektiver Morde, Vertreibungen, Enteignungen, die wir erleben mussten. Aber man kann hier auch sehen, zu was wir in der Lage sind: Wiederbesiedlungen durchführen, Land wieder kultivieren, Schulen bauen, Wohnhäuser für alle konstruieren, überhaupt weiterhin Dinge konstruieren. Und wir werden weiterhin daran glauben, dass die Bauern ein gerechtes Leben haben sollten, ohne all die Ungerechtigkeiten, die wir kennengelernt haben. Und wir werden weiter für unser Land kämpfen, denn ein Bauer ohne Land ist wie ein Kind ohne Mutter. (J.E., 20.03.2008, San José de Apartadó)

In diesem Unterkapitel werde ich die Entwicklung der Friedensgemeinde vom Zeitpunkt ihrer Gründung bis zum Zeitpunkt meines Forschungsaufenthaltes im Jahr 2017 und anhand verschiedener historischer Momente nachzeichnen. Diese Entwicklung lässt sich in zwei Perioden einteilen: Die Zeit von ihrer Gründung 1997 bis 2007 war geprägt von direkter physischer Gewalt gegen ihre Bewohner_innen. In diesen Zeitraum fallen mehrere Massaker und Vertreibungen. Die Mehrzahl der etwa 230 gezielten Morde an den Bewohner_innen wurde in diesem Zeitraum begangen. Die Weigerung der kolumbianischen Justiz die große Mehrheit dieser Fälle aufzuarbeiten und zu verfolgen, führte zu einem weitestgehenden ‚Abbruch‘ der Zusammenarbeit der Friedensgemeinde mit staatlichen Institutionen. Im Zeitraum von 2007 bis 2017 nahmen die Morde und Massaker ab. Zeitgleich kam es zu einer Reihe von teils regionalen und teils nationalen Entwicklungen, wie bspw. die Einführung des Koka-Anbaus in der Serranía de Abibe

16 Natürlich ist auch diese Beschreibung nicht erschöpfend, sondern – wie alle ethnographischen Beschreibungen – eine „partial truth“ (Clifford 2010), was einerseits durch die in der Einleitung thematisierte Positionierung von mir als Forscher und meiner Forschung bedingt ist, andererseits aber auch durch die Forschungsbedingungen in einer Konfliktregion. Als ich bspw. während einer meiner Forschungsaufenthalte eine klassische ethnologische Haushaltsstudie machen wollte, wurde mir das zu meiner eigenen Sicherheit untersagt. Ich könnte als ‚Gringo‘, also als nordamerikanisch erscheinender Ausländer, hier nicht durch die Gegend laufen und die Menschen nach ihren ökonomischen Einkommen und vor allen Dingen nicht nach den Landbesitzverhältnissen fragen – so lautete das Argument dagegen. Ohne die Bedrohung genau zu benennen, verbot mir der Interne Rat dies zu tun.